Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2705**

16. Wahlperiode 25. 09. 2006

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 30. September 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Problem und Ziel

Doppelbesteuerungen stellen bei internationaler wirtschaftlicher Betätigung ein erhebliches Hindernis für Handel und Investitionen dar. Durch das vorliegende Abkommen sollen derartige steuerliche Hindernisse zur Förderung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus besser abgebaut werden, als es nach dem im Verhältnis zur Republik Belarus noch weiter geltenden deutsch-sowjetischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 24. November 1981 (BGBl. 1983 II S. 2) möglich ist.

B. Lösung

Das Abkommen vom 30. September 2005 enthält die dafür notwendigen Regelungen. Es entspricht im Wesentlichen dem OECD-Musterabkommen. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich keine nennenswerten Auswirkungen. Die Höhe der Mehr- oder Mindereinnahmen lässt sich nicht schätzen. Steuermindereinnahmen in einzelnen Bereichen dürften sich durch Steuermehreinnahmen in anderen Bereichen weitgehend ausgleichen.

2. Vollzugsaufwand

Kein nennenswerter Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Keine

Berlin, 25. September 2006

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 30. September 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 825. Sitzung am 22. September 2006 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 30. September 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Minsk am 30. September 2005 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den von dem Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits müssen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen deutscher Steuern nicht mehr oder nicht mehr in der bisherigen Höhe gewährt werden. Die Änderung des bisherigen Rechtszustands führt zu Mehr- oder Mindereinnahmen bei den vom Abkommen betroffenen Steuern von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Höhe dieser Mehr- und Mindereinnahmen lässt sich nicht schätzen. Steuermindereinnahmen in gewissen Bereichen dürften allerdings durch Steuerverzichte von Belarus weitgehend ausgeglichen werden. Die Wirtschaft wird durch das Abkommen entlastet, da steuerliche Hindernisse im bilateralen Wirtschaftsverkehr beseitigt werden. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Belarus –

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung von Vermögen, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

   i. die Einkommensteuer,

   ii. die Körperschaftsteuer,

   iii. die Vermögensteuer und

   iv. die Gewerbesteuer,

   einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge

   (im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in der Republik Belarus:

   i. die Steuer auf das Einkommen und die Gewinne,

   ii. die Einkommensteuer natürlicher Personen,

   iii. die Steuer auf unbewegliches Vermögen und

   iv. die Grundsteuer

   (im Folgenden als „belarussische Steuer“ bezeichnet).

Пагадненне паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь аб пазбяганні двайнога падаткаабкладання ў дачыненні да падаткаў на даходы і маёмасць

Федэратыўная Рэспубліка Германія

і

Рэспубліка Беларусь,

жадаючы садзейнічаць развіццю ўзаемных эканамічных сувязей шляхам устаранення падатковых перашкод,

пагадзіліся аб наступным:

Артыкул 1

Асобы, да якіх прымяняецца Пагадненне

Дадзенае Пагадненне прымяняецца да асоб, якія з'яўляюцца рэзідэнтамі адной або абедзвюх Дагаворных Дзяржаў.

Артыкул 2

Падаткі, на якія распаўсюджваецца Пагадненне

1. Дадзенае Пагадненне прымяняецца да падаткаў на даходы і маёмасць, якія спаганяюцца ад імя Дагаворнай Дзяржавы, Зямлі або мясцовага органа ўлады, незалежна ад спосабу іх спагнання.

2. Падаткамі на даход і маёмасць лічацца ўсе падаткі, што спаганяюцца з агульнай сумы даходаў, з агульнай сумы маёмасці або з элементаў даходу або маёмасці, уключаючы падаткі на даходы ад адчужэння маёмасці, падаткі на агульную суму заработнай платы, якая выплачваецца прадпрыемствамі, і падаткі на прырост кошту маёмасці.

3. Існуючымі падаткамі, на якія распаўсюджваецца дадзенае Пагадненне, з'яўляюцца, у прыватнасці:

a) у Федэратыўнай Рэспубліцы Германія:

   (i) падаходны падатак (Einkommensteuer);

   (ii) падатак з карпарацый (Körperschaftsteuer);

   (iii) падатак на капітал (Vermögensteuer) і

   (iv) прамысловы падатак (Gewerbesteuer),

   уключаючы дадатковыя падаткі

   (далей «германскі падатак»);

b) у Рэспубліцы Беларусь:

   (i) падатак на даходы і прыбытак;

   (ii) падаходны падатак з фізічных асоб;

   (iii) падатак на нерухомасць і

   (iv) зямельны падатак

   (далей «беларускі падатак»).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander, soweit für die Abkommensanwendung erforderlich, am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihrem innerstaatlichen Recht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung des Kontinentalsockels und der Ausbeutung von dessen Bodenschätzen ausübt;

b) bedeutet der Ausdruck „Republik Belarus“ die Republik Belarus und, im geographischen Sinne verwendet, das Hoheitsgebiet, in dem die Republik Belarus nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Republik Belarus und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt;

c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Belarus;

d) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;

e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ alle juristischen Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

bb) in Bezug auf die Republik Belarus

alle natürlichen Personen, die die belarussische Staatsangehörigkeit besitzen und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und Personenvereinigungen, die nach dem in Belarus geltenden Recht errichtet worden sind;

4. Пагадненне распаўсюджваецца таксама на любыя ідэнтычныя або па сутнасці аналагічныя падаткі, якія спаганяюцца пасля даты падпісання дадзенага Пагаднення ў дапаўненне да існуючых падаткаў або замест іх. У канцы кожнага года кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў паведамляюць адзін аднаму, калі гэта неабходна пры прымяненні Пагаднення, аб змяненнях, якія ўнесены ў іх падатковыя заканадаўствы.

Артыкул 3

Агульныя азначэнні

1. Для мэт дадзенага Пагаднення, калі з кантэксту не вынікае іншае:

a) тэрмін «Федэратыўная Рэспубліка Германія» абазначае тэрыторыю Федэратыўнай Рэспублікі Германія, а таксама вобласць марскога дна, яго нетраў і водаў, якія прылягаюць да тэрытарыяльнага мора, паколькі Федэратыўная Рэспубліка Германія ажыццяўляе там суверэнныя правы і юрысдыкцыю ў адпаведнасці з міжнародным правам і нацыянальным заканадаўствам для даследавання кантынентальнага шэльфа і эксплуатацыі яго прыродных рэсурсаў;

b) тэрмін «Рэспубліка Беларусь» абазначае Рэспубліку Беларусь і пры выкарыстанні ў геаграфічным сэнсе абазначае тэрыторыю, якая знаходзіцца пад суверэнітэтам Рэспублікі Беларусь і якая ў адпаведнасці з заканадаўствам Рэспублікі Беларусь і міжнародным правам знаходзіцца пад юрысдыкцыяй Рэспублікі Беларусь;

c) тэрміны «адна Дагаворная Дзяржава» і «другая Дагаворная Дзяржава» абазначаюць, у залежнасці ад кантэксту, Федэратыўную Рэспубліку Германія або Рэспубліку Беларусь;

d) тэрмін «асоба» абазначае фізічную асобу і кампанію;

e) тэрмін «кампанія» абазначае любую юрыдычную асобу або любую арганізацыю, якая разглядаецца ў якасці юрыдычнай асобы для падатковых мэт;

f) тэрміны «прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы» і «прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы» абазначаюць адпаведна прадпрыемства, якім кіруе рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы, і прадпрыемства, якім кіруе рэзідэнт другой Дагаворнай Дзяржавы;

g) тэрмін «міжнародная перавозка» абазначае любую перавозку марскім або паветраным суднам, што эксплуатуецца прадпрыемствам, фактычны кіруючы орган якога знаходзіцца ў адной Дагаворнай Дзяржаве, за выключэннем выпадкаў, калі марское або паветранае судна эксплуатуецца выключна паміж пунктамі ў другой Дагаворнай Дзяржаве;

h) тэрмін «грамадзянін» абазначае:

aa) у дачыненні да Федэратыўнай Рэспублікі Германія –

любога немца ў значэнні Асноўнага закона Федэратыўнай Рэспублікі Германія і любую юрыдычную асобу, таварыства і асацыяцыю, якія атрымліваюць свой статус, як такі, па заканадаўству, што дзейнічае ў Федэратыўнай Рэспубліцы Германія;

bb) у дачыненні да Рэспублікі Беларусь –

любую фізічную асобу, якая мае грамадзянства Рэспублікі Беларусь, і любую юрыдычную асобу, таварыства і асацыяцыю, што атрымліваюць свой статус, як такі, па заканадаўству, што дзейнічае ў Рэспубліцы Беларусь;

i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;

bb) in der Republik Belarus das Ministerium für Steuern und Abgaben der Republik Belarus oder sein bevollmächtigter Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

i) тэрмін «кампетэнтны орган» абазначае:

aa) у выпадку Федэратыўнай Рэспублікі Германія – Федэральнае міністэрства фінансаў або орган, якому яно дэлегавала свае паўнамоцтвы;

bb) у выпадку Рэспублікі Беларусь – Міністэрства па падатках і зборах або яго паўнамоцнага прадстаўніка.

2. Што датычыцца прымянення дадзенага Пагаднення Дагаворнай Дзяржавай, то любы тэрмін, не вызначаны ў ім, мае, калі з кантэксту не вынікае іншае, тое значэнне, якое ён мае па заканадаўству гэтай Дзяржавы ў адносінах да падаткаў, на якія распаўсюджваецца дадзенае Пагадненне.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Gründung, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder aufgrund eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenem Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach vorstehendem Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist.

Kann nach den Bestimmungen des vorstehenden Satzes der Status einer natürlichen Person nicht ermittelt werden, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach vorstehendem Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Артыкул 4

Рэзідэнт

1. Для мэт дадзенага Пагаднення тэрмін «рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы» абазначае любую асобу, якая па заканадаўству гэтай Дзяржавы падлягае падаткаабкладанню ў ёй на падставе месцажыхарства, пастаяннага месцазнаходжання, месца рэгістрацыі, месца кіравання або любога іншага крытэрыю аналагічнага характару. Аднак, гэты тэрмін не ўключае асобу, якая падлягае падаткаабкладанню ў гэтай Дзяржаве толькі ў дачыненні да даходаў з крыніц у гэтай Дзяржаве або маёмасці, якая ў ёй знаходзіцца.

2. У выпадку, калі ў адпаведнасці з палажэннямі пункта 1 фізічная асоба з'яўляецца рэзідэнтам абедзвюх Дагаворных Дзяржаў, яе становішча вызначаецца наступным чынам:

a) яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, у якой яна мае пастаяннае жыллё; калі яна мае пастаяннае жыллё ў абедзвюх Дзяржавах, яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, у якой яна мае больш цесныя асабістыя і эканамічныя сувязі (цэнтр жыццёвых інтарэсаў);

b) калі Дзяржава, у якой знаходзіцца цэнтр яе жыццёвых інтарэсаў, не можа быць вызначана, або калі яна не мае пастаяннага жылля ні ў адной з Дзяржаў, яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, у якой яна звычайна пражывае;

c) калі яна звычайна пражывае ў абедзвюх Дзяржавах або калі яна звычайна не пражывае ні ў адной з іх, яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, грамадзянінам якой яна з'яўляецца.

Калі статус такой фізічнай асобы не можа быць вызначаны ў адпаведнасці з палажэннямі папярэдняга сказа, кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў вырашаюць пытанне па ўзаемнай згодзе.

3. У выпадку, калі ў адпаведнасці з палажэннямі пункта 1 кампанія з'яўляецца рэзідэнтам абедзвюх Дагаворных Дзяржаў, тады яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, у якой размешчаны яе фактычны кіруючы орган.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

Артыкул 5

Пастаяннае прадстаўніцтва

1. Для мэт дадзенага Пагаднення тэрмін «пастаяннае прадстаўніцтва» абазначае пастаяннае месца дзейнасці, праз якое поўнасцю або часткова ажыццяўляецца дзейнасць прадпрыемства.

2. Тэрмін «пастаяннае прадстаўніцтва» уключае, у прыватнасці:

a) месца кіравання;

b) аддзяленне;

c) кантору;

d) фабрыку;

e) eine Werkstätte und

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den vorstehenden Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des nachstehenden Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der vorstehenden Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im vorstehenden Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte

e) майстэрню і

f) руднік, нафтавую або газавую свідравіну, кар'ер або любое іншае месца здабычы прыродных рэсурсаў.

3. Будаўнічая пляцоўка або будаўнічы або мантажны аб'ект з'яўляюцца пастаянным прадстаўніцтвам, толькі калі яны існуюць больш дванаццаці месяцаў.

4. Нягледзячы на папярэднія палажэнні гэтага артыкула, лічыцца, што тэрмін «пастаяннае прадстаўніцтва» не ўключае:

a) выкарыстанне збудаванняў выключна для мэт захоўвання, дэманстрацыі або пастаўкі тавараў або вырабаў, якія належаць прадпрыемству;

b) утрыманне запасаў тавараў або вырабаў, якія належаць прадпрыемству, толькі ў мэтах захоўвання, дэманстрацыі або пастаўкі;

c) утрыманне запасаў тавараў або вырабаў, якія належаць прадпрыемству, выключна для мэт перапрацоўкі другім прадпрыемствам;

d) утрыманне пастаяннага месца дзейнасці выключна для мэт закупкі тавараў або вырабаў або для збору інфармацыі для прадпрыемства;

e) утрыманне пастаяннага месца дзейнасці выключна для мэт ажыццяўлення для прадпрыемства любой іншай дзейнасці падрыхтоўчага або дапаможнага характару;

f) утрыманне пастаяннага месца дзейнасці выключна для любога спалучэння відаў дзейнасці, што названы ў падпунктах а-е, пры ўмове, што такая дзейнасць у цэлым пастаяннага месца дзейнасці, якая вынікае з гэтага спалучэння, мае падрыхтоўчы або дапаможны характар.

5. Нягледзячы на палажэнні пунктаў 1 і 2, калі асоба, іншая, чым агент з незалежным статусам, да якой прымяняецца пункт 6, дзейнічае ад імя прадпрыемства і мае і звычайна выкарыстоўвае ў Дагаворнай Дзяржаве паўнамоцтвы заключаць кантракты ад імя прадпрыемства, то лічыцца, што гэта прадпрыемства мае пастаяннае прадстаўніцтва ў гэтай Дзяржаве ў дачыненні да любой дзейнасці, якую гэта асоба ажыццяўляе для прадпрыемства, калі дзейнасць такой асобы не абмежавана той, якая прадстаўлена ў пункце 4, і якая, калі яна ажыццяўляецца праз пастаяннае месца дзейнасці, не робіць гэта пастаяннае месца дзейнасці пастаянным прадстаўніцтвам згодна палажэнням гэтага пункта.

6. Прадпрыемства не разглядаецца як тое, якое мае пастаяннае прадстаўніцтва ў Дагаворнай Дзяржаве толькі на той падставе, што яно ажыццяўляе дзейнасць у гэтай Дзяржаве праз брокера, камісіянера або любога іншага агента з незалежным статусам пры ўмове, што гэтыя асобы дзейнічаюць у рамках сваёй звычайнай прафесіянальнай дзейнасці.

7. Той факт, што кампанія, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, кантралюе або кантралюецца кампаніяй, якая з'яўляецца рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы або якая ажыццяўляе дзейнаць у гэтай другой Дзяржаве (праз пастаяннае прадстаўніцтва або іншым чынам), сам па сабе не ператварае адну з гэтых кампаній у пастаяннае прадстаўніцтва другой.

Артыкул 6

Даходы ад нерухомай маёмасці

1. Даходы, якія атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ад нерухомай маёмасці (уключаючы даход ад

aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Für die Anwendung dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ Grund und Boden sowie Gebäude. Der Ausdruck umfasst das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen. Der vorstehende Satz ist nur anzuwenden, soweit das Recht des Vertragsstaats entsprechende Vorschriften enthält. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Vorstehender Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die vorstehenden Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 dieses Artikels in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden

сельскай або лясной гаспадаркі), што знаходзіцца ў другой Дагаворнай Дзяржаве, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. Для прымянення дадзенага Пагаднення тэрмін «нерухомая маёмасць» абазначае зямлю і пабудовы. Гэты тэрмін уключае маёмасць, дапаможную ў дачыненні да нерухомай маёмасці, жывёлу і абсталяванне, што выкарыстоўваюцца ў сельскай і лясной гаспадарцы, правы, да якіх прымяняюцца палажэнні агульнага права ў дачыненні да зямельнай уласнасці, узуфрукт нерухомай маёмасці і права на пераменныя або фіксаваныя плацяжы як кампенсацыя за распрацоўку або права на распрацоўку мінеральных запасаў, крыніц і іншых прыродных рэсурсаў. Вышэйназваны сказ прымяняецца толькі тады, калі заканадаўства Дагаворнай Дзяржавы прадугледжвае адпаведныя палажэнні. Марскія, рачныя і паветраныя судны не разглядаюцца ў якасці нерухомай маёмасці.

3. Палажэнні пункта 1 прымяняюцца да даходаў, якія атрымліваюцца ад прамога выкарыстання, здачы ў арэнду або выкарыстання нерухомай маёмасці ў любой іншай форме.

4. Палажэнні пунктаў 1 і 3 прымяняюцца таксама да даходаў ад нерухомай маёмасці прадпрыемства і да даходаў ад нерухомай маёмасці, якая выкарыстоўваецца для аказання незалежных асабістых паслуг.

Артыкул 7

Прыбытак ад прадпрымальніцкай дзейнасці

1. Прыбытак прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы абкладаецца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве, калі толькі гэта прадпрыемства не ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве праз пастаяннае прадстаўніцтва, якое там размешчана. Калі прадпрыемства ажыццяўляе дзейнасць, як адзначана вышэй, прыбытак гэтага прадпрыемства можа абкладацца падаткам у другой Дзяржаве, але толькі ў той частцы, якая адносіцца да гэтага пастаяннага прадстаўніцтва.

2. З улікам палажэнняў пункта 3 гэтага артыкула, калі прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы ажыццяўляе дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве праз пастаяннае прадстаўніцтва, якое там размешчана, то ў кожнай Дагаворнай Дзяржаве гэтаму пастаяннаму прадстаўніцтву залічваецца прыбытак, які яно магло б атрымаць у выпадку, калі б яно было адасобленым і асобным прадпрыемствам, што ажыццяўляе такую ж або аналагічную дзейнасць у такіх жа або аналагічных умовах і дзейнічае цалкам незалежна ад прадпрыемства, пастаянным прадстаўніцтвам якога яно з'яўляецца.

3. Пры вызначэнні прыбытку пастаяннага прадстаўніцтва дапускаецца вылічэнне выдаткаў, што панесены для мэт такога пастаяннага прадстаўніцтва, уключаючы кіраўніцкія і агульнаадміністрацыйныя выдаткі, што панесены як у Дзяржаве, дзе размешчана пастаяннае прадстаўніцтва, так і за яе межамі.

4. Паколькі вызначэнне прыбытку ў Дагаворнай Дзяржаве, які адносіцца да пастаяннага прадстаўніцтва, на аснове прапарцыянальнага размеркавання агульнай сумы прыбытку прадпрыемства яго розным падраздзяленням з'яўляецца звычайнай практыкай, нішто ў пункце 2 не перашкаджае гэтай Дагаворнай Дзяржаве вызначаць падаткаабкладаемы прыбытак з дапамогай такога размеркавання, як прынята на практыцы; аднак, выбраны метад размеркавання павінен даваць вынікі, якія адпавядаюць прынцыпам, што змешчаны ў гэтым артыкуле.

5. Ніякі прыбытак не адносіцца да пастаяннага прадстаўніцтва на падставе простай закупкі гэтым пастаянным прадстаўніцтвам тавараў або вырабаў для прадпрыемства.

6. Для мэт папярэдніх пунктаў гэтага артыкула прыбытак, які адносіцца да пастаяннага прадстаўніцтва, вызна-

Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Dieser Artikel gilt auch für die Einkünfte aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft. Er erstreckt sich auch auf Vergütungen, die ein Gesellschafter einer Personengesellschaft von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft, für die Gewährung von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezieht, wenn diese Vergütungen nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, in dem die Betriebsstätte gelegen ist, den Einkünften des Gesellschafters aus dieser Betriebsstätte zugerechnet werden.

(8) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Im Sinne dieses Artikels umfassen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr oder von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, auch

a) Einkünfte aus der Vercharterung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und

b) Einkünfte aus der Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailer und dazugehöriger Ausrüstung, die dem Transport der Container dienen), die für den Transport von Gütern oder Waren genutzt werden,

sofern die Vercharterung oder die Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung je nach Einzelfall dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr oder von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, zuzuordnen ist.

(4) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(5) Vorstehender Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

чаецца кожны год адным і тым жа метадам, калі толькі не будзе дастатковай і важкай прычыны для яго змянення.

7. Гэты артыкул прымяняецца таксама да даходу ад удзелу ў таварыстве. Далей ён прымяняецца да ўзнагароджання, што атрымана партнёрам ад таварыства за дзейнасць па аказанню паслуг таварыству і за прадастаўленне пазык або актываў, калі такое ўзнагароджанне адносіцца ў адпаведнасці з падатковым заканадаўствам Дагаворнай Дзяржавы, у якой размешчана пастаяннае прадстаўніцтва, да даходу, што атрыманы партнёрам ад гэтага пастаяннага прадстаўніцтва.

8. Калі прыбытак уключае віды даходаў, якія разглядаюцца асобна ў іншых артыкулах дадзенага Пагаднення, палажэнні гэтых артыкулаў не закранаюцца палажэннямі дадзенага артыкула.

Артыкул 8

Марскі, рачны і паветраны транспарт

1. Прыбытак ад эксплуатацыі марскіх або паветраных суднаў у міжнародных перавозках абкладаецца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчаны фактычны кіруючы орган прадпрыемства.

2. Прыбытак ад эксплуатацыі суднаў рачнога транспарту абкладаецца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчаны фактычны кіруючы орган прадпрыемства.

3. Для мэт гэтага артыкула прыбытак ад эксплуатацыі марскіх або паветраных суднаў у міжнародных перавозках або суднаў рачнога транспарту ўключае таксама:

a) даходы ад здачы ў арэнду на аснове судна без экіпажа марскіх або паветраных суднаў і

b) прыбытак ад выкарыстання, утрымання або здачы ў арэнду кантэйнераў (уключаючы трэйлеры і абсталяванне, што адносіцца да транспарціроўкі кантэйнераў), якія выкарыстоўваюцца для перавозкі тавараў або вырабаў,

калі такая здача ў арэнду або такое выкарыстанне, утрыманне або здача ў арэнду, у залежнасці ад абставін, другарадныя ў адносінах да эксплуатацыі марскіх або паветраных суднаў у міжнародных перавозках або суднаў рачнога транспарта.

4. Калі фактычны кіруючы орган марскога прадпрыемства або прадпрыемства рачнога транспарта размешчаны на борце марскога або рачнога судна, тады лічыцца, што ён размешчаны ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой знаходзіцца порт прапіскі марскога або рачнога судна, або, калі такога порта няма, у той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца асоба, якая эксплуатуе марское або рачное судна.

5. Палажэнні пункта 1 прымяняюцца таксама да прыбытку ад удзелу ў пуле, у сумеснай дзейнасці або міжнароднай арганізацыі па эксплуатацыі транспартных сродкаў.

Артыкул 9

Асацыіраваныя прадпрыемствы

1. У выпадку, калі:

a) прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы прама або ўскосна ўдзельнічае ў кіраванні, кантролі або капітале прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы або

b) адны і тыя ж асобы прама або ўскосна ўдзельнічаюць у кіраванні, кантролі або капітале прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы і прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы,

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

і ў кожным выпадку паміж двума прадпрыемствамі ў іх камерцыйных або фінансавых узаемаадносінах ствараюцца або ўстанаўліваюцца ўмовы, адрозныя ад тых, якія мелі б месца паміж двума незалежнымі прадпрыемствамі, тады любы прыбытак, які мог бы быць налічаны аднаму з іх, але з-за наяўнасці гэтых умоў не быў яму налічаны, можа быць уключаны ў прыбытак гэтага прадпрыемства і, адпаведна, абкладзены падаткам.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet, und entsprechend besteuert, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

2. У выпадку, калі адна Дагаворная Дзяржава ўключае ў прыбытак прадпрыемства гэтай Дзяржавы і адпаведна абкладае падаткам прыбытак, па якому прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы абкладаецца падаткам у гэтай другой Дзяржаве, і прыбытак, такім чынам уключаны, з'яўляецца прыбыткам, які быў бы налічаны прадпрыемству першай названай Дзяржавы, калі б умовы ўзаемаадносін паміж двума прадпрыемствамі былі б умовамі, якія існуюць паміж незалежнымі прадпрыемствамі, тады гэта другая Дзяржава робіць адпаведную папраўку ў суме падатку, што спаганяецца з гэтага прыбытку. Пры вызначэнні такой папраўкі павінны ўлічвацца іншыя палажэнні дадзенага Пагаднення, а кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў павінны пракансультавацца адзін з адным пры неабходнасці.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 20 vom Hundert des Grundkapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt und dieser Anteil mindestens 81 806,70 Euro oder den entsprechenden Gegenwert in belarussischer Währung beträgt;

b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Abweichend von den vorstehenden Absätzen 1 und 2 dürfen Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen) nach dem Recht des Staates, aus dem sie stammen, besteuert werden, wenn sie dort bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abzugsfähig sind.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit

Артыкул 10

Дывідэнды

1. Дывідэнды, што выплачваюцца кампаніяй, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткамі ў гэтай другой Дзяржаве.

2. Аднак, такія дывідэнды могуць таксама абкладацца падаткамі ў той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца кампанія, што выплачвае дывідэнды, і ў адпаведнасці з заканадаўствам гэтай Дзяржавы, але калі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам дывідэндаў, спаганяемы падатак не перавышае:

a) 5 працэнтаў валавой сумы дывідэндаў, калі сапраўдным уладальнікам з'яўляецца кампанія (іншая чым таварыства), якая непасрэдна валодае не менш чым 20 працэнтамі акцыянернага капіталу кампаніі, што выплачвае дывідэнды, і гэты ўдзел складае не менш чым 81.806,70 еўра або адпаведны эквівалент у беларускай валюце;

b) 15 працэнтаў валавой сумы дывідэндаў ва ўсіх іншых выпадках.

Гэты пункт не закранае падаткаабкладання кампаніі ў дачыненні да прыбытку, з якога выплачваюцца дывідэнды.

3. Нягледзячы на палажэнні пунктаў 1 і 2, даход, які атрымліваецца ад правоў або даўгавых патрабаванняў, што ўдзельнічаюць у прыбытку (уключаючы, у выпадку Федэратыўнай Рэспублікі Германія, даход пасіўнага ўдзельніка («stiller Gesellschafter») ад яго ўдзелу як такога або ад «partiarisches Darlehen» або «Gewinnobligationen»), які падлягае вылічэнням пры вызначэнні прыбытку даўжніка, можа абкладацца падаткам у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой ён узнікае, у адпаведнасці з заканадаўствам гэтай Дзяржавы.

4. Тэрмін «дывідэнды» пры выкарыстанні ў гэтым артыкуле абазначае даход ад акцый або іншы даход, які падлягае такому ж падатковаму рэгуляванню, як даход ад акцый па заканадаўству той Дзяржавы, рэзідэнтам якой з'яўляецца кампанія, што размяркоўвае прыбытак.

5. Палажэнні пунктаў 1 і 2 не прымяняюцца, калі сапраўдны ўладальнік дывідэндаў як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца кампанія, што выплачвае дывідэнды, праз

durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

пастаяннае прадстаўніцтва, якое размешчана ў ёй, або аказвае ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі з пастаяннай базы, якая размешчана там, і ўдзел, у дачыненні да якога выплачваюцца дывідэнды, сапраўды адносіцца да такога пастаяннага прадстаўніцтва або пастаяннай базы. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14, у залежнасці ад абставін.

6. У выпадку, калі кампанія, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, атрымлівае прыбытак або даходы з другой Дагаворнай Дзяржавы, гэта другая Дзяржава не абкладае ніякім падаткам дывідэнды, якія выплачваюцца кампаніяй, за выключэннем, калі такія дывідэнды выплачваюцца рэзідэнту гэтай другой Дзяржавы або ўдзел, у дачыненні да якога выплачваюцца дывідэнды, сапраўды звязаны з пастаянным прадстаўніцтвам або пастаяннай базай, што размешчаны ў гэтай другой Дзяржаве, і не падвяргае неразмеркаваны прыбытак кампаніі падатку на неразмеркаваны прыбытак кампаніі, нават калі выплачваемыя дывідэнды або неразмеркаваны прыбытак складаюцца поўнасцю або часткова з прыбытку або даходаў, якія ўзнікаюць у такой другой Дзяржаве.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des vorstehenden Absatzes 2 gilt Folgendes:

a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung der Republik Belarus oder an die Nationalbank der Republik Belarus gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;

b) Zinsen, die aus der Republik Belarus stammen und an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern gezahlt werden, sowie Zinsen für ein durch HERMES-Deckung verbürgtes Darlehen sind von der belarussischen Steuer befreit;

c) alle in Absatz 1 genannten Zinsen können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn dieser Empfänger der Nutzungsberechtigte der Zinsen ist und die Zinsen gezahlt werden

aa) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung auf Kredit,

bb) für ein von einer Bank oder einem anderen Kreditinstitut gewährtes Darlehen jeder Art, das im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung gewährt wird.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zu-

Артыкул 11

Працэнты

1. Працэнты, якія ўзнікаюць у адной Дагаворнай Дзяржаве і выплачваюцца рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткамі ў гэтай другой Дзяржаве.

2. Аднак, такія працэнты могуць таксама абкладацца падаткамі ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой яны ўзнікаюць, і ў адпаведнасці з заканадаўствам гэтай Дзяржавы, але калі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам працэнтаў, спаганяемы падатак не перавышае 5 працэнтаў валавой сумы працэнтаў.

3. Нягледзячы на палажэнні пункта 2,

a) працэнты, якія ўзнікаюць у Федэратыўнай Рэспубліцы Германія і выплачваюцца Ураду Рэспублікі Беларусь або Нацыянальнаму банку Рэспублікі Беларусь, вызваляюцца ад германскага падатку;

b) працэнты, якія ўзнікаюць у Рэспубліцы Беларусь і выплачваюцца Ураду Федэратыўнай Рэспублікі Германія, Deutsche Bundesbank, Kreditanstalt für Wiederaufbau або Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern, і працэнты, што выплачваюцца ў дачыненні да пазыкі, якая гарантавана Hermes-Deckung, вызваляюцца ад беларускага падатку;

c) любыя працэнты, аб якіх гаворыцца ў пункце 1, абкладаюцца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца атрымальнік, калі такі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам працэнтаў і калі такія працэнты выплачваюцца:

aa) у сувязі з продажам у крэдыт любога прамысловага, камерцыйнага або навуковага абсталявання;

bb) па пазыцы любога віду, што прадастаўлена банкам або любой іншай фінансавай установай, для садзейнічання продажу любога прамысловага, камерцыйнага або навуковага абсталявання.

4. Тэрмін «працэнты» пры выкарыстанні ў гэтым артыкуле абазначае даход ад даўгавых патрабаванняў любога віду, без залежнасці ад іпатэчнага забеспячэння і без залежнасці ад валодання правам на ўдзел у прыбытках даўжніка, і, у прыватнасці, даход ад урадавых каштоўных папер і даход ад аблігацый або даўгавых абавязацельстваў, уключаючы прэміі і выйгрышы па гэтых каштоўных паперах, аблі-

schläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels. Der Ausdruck „Zinsen“ umfasst nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

гацыях і даўгавых абавязацельствах. Для мэт гэтага артыкула штрафы за несвоечасовыя плацяжы не разглядаюцца ў якасці працэнтаў. Аднак, тэрмін «працэнты» не ўключае даход, аб якім гаворыцца ў артыкуле 10.

(5) Die vorstehenden Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

5. Палажэнні пунктаў 1–3 не прымяняюцца, калі сапраўдны ўладальнік працэнтаў як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве, у якой узнікаюць працэнты, праз пастаяннае прадстаўніцтва, што размешчана ў ёй, або аказвае ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі з пастаяннай базы, якая там размешчана, і даўгавое патрабаванне, на падставе якога выплачваюцца працэнты, сапраўды адносіцца да такога пастаяннага прадстаўніцтва або да пастаяннай базы. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14, у залежнасці ад абставін.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

6. Лічыцца, што працэнты ўзнікаюць у Дагаворнай Дзяржаве, калі плацельшчыкам з'яўляецца сама гэта Дзяржава, Зямля, мясцовы орган улады або рэзідэнт гэтай Дзяржавы. Калі, аднак, асоба, якая выплачвае працэнты, незалежна ад таго, з'яўляецца яна рэзідэнтам Дагаворнай Дзяржавы ці не, мае ў Дагаворнай Дзяржаве пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянную базу, у сувязі з якімі ўзнікла запазычанасць, па якой выплачваюцца працэнты, і расходы па выплаце гэтых працэнтаў нясе гэта пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база, то лічыцца, што такія працэнты ўзнікаюць у той Дзяржаве, у якой знаходзіцца пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

7. Калі па прычыне асаблівых адносін паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам працэнтаў або паміж імі абодвума і якой-небудзь трэцяй асобай сума працэнтаў, што адносіцца да даўгавога патрабавання, у сувязі з якім яны выплачваюцца, перавышае суму, якая была б узгоднена паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам працэнтаў пры адсутнасці такіх адносін, то палажэнні гэтага артыкула прымяняюцца толькі да апошняй названай сумы. У такім выпадку залішняя частка плацяжу па-ранейшаму падлягае падаткаабкладанню ў адпаведнасці з заканадаўствам кожнай Дагаворнай Дзяржавы з належным улікам іншых палажэнняў дадзенага Пагаднення.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen

a) 3 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren im Sinne von Absatz 3 Buchstabe a dieses Artikels; und

b) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren im Sinne von Absatz 3 Buchstabe b dieses Artikels.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die gezahlt werden

a) für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an wissenschaftlichen Werken, Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen; und

b) für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen oder künstlerischen

Артыкул 12

Роялці

1. Роялці, якія ўзнікаюць у адной Дагаворнай Дзяржаве і выплачваюцца рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве, калі такі рэзідэнт з'яўляецца сапраўдным уладальнікам роялці.

2. Аднак, такія роялці могуць таксама абкладацца падаткам у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой яны ўзнікаюць, і ў адпаведнасці з заканадаўствам гэтай Дзяржавы, але калі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам роялці, спаганяемы падатак не перавышае:

a) 3 працэнты валавой сумы роялці ў значэнні падпункта (a) пункта 3 гэтага артыкула; і

b) 5 працэнтаў валавой сумы роялці ў значэнні падпункта (b) пункта 3 гэтага артыкула.

3. Тэрмін «роялці» пры выкарыстанні ў гэтым артыкуле абазначае плацяжы любога віду, што атрыманы ў якасці ўзнагароджання:

a) за выкарыстанне або за прадастаўленне права выкарыстання любога аўтарскага права на творы навукі, патэнта, гандлёвай маркі, дызайна або мадэлі, плана, сакрэтнай формулы або працэсу або за інфармацыю, што датычыцца прамысловага, камерцыйнага або навуковага вопыту; і

b) за выкарыстанне або за прадастаўленне права выкарыстання любога аўтарскага права на творы літаратуры

Werken, einschließlich kinematographischer Filme, Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk und Fernsehen oder für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung jeder Art von Ausrüstung und Transportfahrzeugen.

(4) Vorstehende Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne von Artikel 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, oder Vermögen – außer unbeweglichem Vermögen –, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den vorstehenden Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

або мастацтва, уключаючы кінафільмы і фільмы або плёнкі для радыё або тэлебачання, або за выкарыстанне або за прадастаўленне права выкарыстання ўсіх відаў абсталявання і транспартных сродкаў.

4. Палажэнні пунктаў 1 і 2 не прымяняюцца, калі сапраўдны ўладальнік роялці як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве, у якой узнікаюць роялці, праз размешчанае ў ёй пастаяннае прадстаўніцтва, або аказвае ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі з пастаяннай базы, што размешчана там, і правы або маёмасць, у дачыненні да якіх выплачваюцца роялці, сапраўды звязаны з такім пастаянным прадстаўніцтвам або пастаяннай базай. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14, у залежнасці ад абставін.

5. Лічыцца, што роялці ўзнікаюць у Дагаворнай Дзяржаве, калі плацельшчыкам з'яўляецца сама гэта Дзяржава, Зямля, мясцовы орган улады або рэзідэнт гэтай Дзяржавы. Калі, аднак, асоба, якая выплачвае роялці, незалежна ад таго, з'яўляецца яна рэзідэнтам Дагаворнай Дзяржавы ці не, мае ў Дагаворнай Дзяржаве пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянную базу, у сувязі з якімі ўзнікла абавязацельства выплачваць роялці, і такія роялці выплачваюцца гэтым пастаянным прадстаўніцтвам або пастаяннай базай, тады лічыцца, што такія роялці ўзнікаюць у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой знаходзіцца пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база.

6. Калі па прычыне асаблівых адносін паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам роялці або паміж імі абодвума і якой-небудзь трэцяй асобай сума роялці, што адносіцца да выкарыстання, права або інфармацыі, на падставе якіх яны выплачваюцца, перавышае суму, якая была б узгоднена паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам роялці пры адсутнасці такіх адносін, палажэнні гэтага артыкула прымяняюцца толькі да апошняй названай сумы. У такім выпадку залішняя частка плацяжу па-ранейшаму падлягае падаткаабкладанню ў адпаведнасці з заканадаўствам кожнай Дагаворнай Дзяржавы з належным улікам іншых палажэнняў дадзенага Пагаднення.

Артыкул 13

Даходы ад адчужэння маёмасці

1. Даходы, што атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ад адчужэння нерухомай маёмасці, аб якой гаворыцца ў артыкуле 6, што размешчана ў другой Дагаворнай Дзяржаве, могуць абкладацца падаткамі ў гэтай другой Дзяржаве.

2. Даходы ад адчужэння маёмасці, што складае частку камерцыйнай маёмасці пастаяннага прадстаўніцтва, якое прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы мае ў другой Дагаворнай Дзяржаве, або маёмасці, што адносіцца да пастаяннай базы, даступнай рэзідэнту адной Дагаворнай Дзяржавы ў другой Дагаворнай Дзяржаве для аказання незалежных асабістых паслуг, уключаючы такія даходы ад адчужэння такога пастаяннага прадстаўніцтва (асобна або ў сукупнасці з цэлым прадпрыемствам) або такой пастаяннай базы, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

3. Даходы ад адчужэння марскіх або паветраных суднаў, што эксплуатуюцца ў міжнародных перавозках, суднаў рачнога транспарта або маёмасці, іншай, чым нерухомая маёмасць, што адносіцца да эксплуатацыі такіх марскіх, паветраных або рачных суднаў, абкладаюцца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчаны фактычны кіруючы орган прадпрыемства.

4. Даходы ад адчужэння любой маёмасці, акрамя пералічанай у пунктах 1 – 3, абкладаюцца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца асоба, якая адчужае маёмасць.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt werden, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff oder Luftfahrzeug betreibt.

(4) Die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Артыкул 14

Незалежныя асабістыя паслугі

1. Даход, які атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў дачыненні да прафесіянальных паслуг або іншай дзейнасці незалежнага характару, абкладаецца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве, за выключэннем выпадкаў, калі ён мае рэгулярна даступную пастаянную базу ў другой Дагаворнай Дзяржаве для ажыццяўлення сваёй дзейнасці. Калі ён мае такую пастаянную базу, даход можа абкладацца падаткам у другой Дзяржаве, але толькі па даходу, які адносіцца да гэтай пастаяннай базы.

2. Тэрмін «прафесіянальныя паслугі» уключае, у прыватнасці, незалежную навуковую, літаратурную, артыстычную, адукацыйную або выкладчыцкую дзейнасць, таксама як і незалежную дзейнасць урачоў, зубных урачоў, адвакатаў, інжынераў, архітэктараў і бухгалтараў.

Артыкул 15

Залежныя асабістыя паслугі

1. З улікам палажэнняў артыкулаў 16-19 заработная плата і іншыя падобныя ўзнагароджанні, якія атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў дачыненні да работы па найму, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве, калі толькі работа па найму не ажыццяўляецца ў другой Дагаворнай Дзяржаве. Калі работа на найму ажыццяўляецца такім чынам, узнагароджанні, што атрыманы ў сувязі з гэтым, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. Нягледзячы на палажэнні пункта 1, узнагароджанне, якое атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў дачыненні да работы па найму, што ажыццяўляецца ў другой Дагаворнай Дзяржаве, абкладаецца падаткам толькі ў першай названай Дзяржаве, калі:

a) атрымальнік знаходзіцца ў другой Дзяржаве на працягу перыяду або перыядаў, якія не перавышаюць увогуле 183 дні ў любым дванаццацімесячным перыядзе, які пачынаецца або заканчваецца ў адпаведным падатковым годзе, і

b) узнагароджанне выплачваецца наймальнікам або ад імя наймальніка, які не з'яўляецца рэзідэнтам другой Дзяржавы, і

c) расходы па выплаце ўзнагароджання не нясе пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база, якія наймальнік мае ў другой Дзяржаве.

3. Нягледзячы на папярэднія палажэнні гэтага артыкула, узнагароджанне, якое атрымліваецца ў дачыненні да работы па найму, што ажыццяўляецца на борце марскога або паветранага судна, якія эксплуатуюцца ў міжнародных перавозках, або на борце рачнога судна, можа абкладацца падаткам у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчаны фактычны кіруючы орган прадпрыемства, якое эксплуатуе марское, рачное або паветранае судна.

4. Палажэнні пункта 2 не прымяняюцца да ўзнагароджання за работу па найму ў рамках прафесіянальнай пераўступкі наёмнага работніка другому работадаўцу.

Артыкул 16

Ганарары дырэктараў

Ганарары дырэктараў і іншыя падобныя выплаты, якія атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў якасці члена савета дырэктараў кампаніі, якая з'яўляецца рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткамі ў гэтай другой Дзяржаве.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Diese Einkünfte werden jedoch in dem im vorstehenden Absatz 1 genannten Staat nicht besteuert, wenn die Tätigkeit bei einem Aufenthalt in diesem Staat durch eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ausgeübt wird, und der Aufenthalt unmittelbar oder mittelbar von dem anderen Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Артыкул 17

Артысты і спартсмены

1. Нягледзячы на палажэнні артыкулаў 7,14 і 15, даход, які атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў якасці работніка мастацтваў, такога, як артыст тэатра, кіно, радыё або тэлебачання, або музыканта, або ў якасці спартсмена ад яго асабістай дзейнасці як такой, што ажыццяўляецца ў другой Дагаворнай Дзяржаве, можа абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. У выпадку, калі даход у дачыненні да асабістай дзейнасці, што ажыццяўляецца работнікам мастацтваў або спартсменам у такой яго якасці, налічваецца не самому работніку мастацтваў або спартсмену, а другой асобе, гэты даход, нягледзячы на палажэнні артыкулаў 7, 14 і 15, можа абкладацца падаткам у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой ажыццяўляецца дзейнасць работніка мастацтваў або спартсмена.

3. Аднак, такі даход не абкладаецца падаткам у той Дзяржаве, аб якой гаворыцца ў пункце 1, калі дзейнасць ажыццяўляецца ў час знаходжання ў гэтай Дзяржаве рэзідэнта другой Дагаворнай Дзяржавы і калі такое знаходжанне фінансуецца прама або ўскосна гэтай другой Дзяржавай, Зямлёй або яе мясцовым органам улады або арганізацыяй, якая прызнаецца ў якасці дабрачыннай арганізацыі ў гэтай другой Дзяржаве. У такім выпадку такі даход абкладаецца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца артыст або спартсмен.

Artikel 18

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Zahlungen

(1) Erhält eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten, so können diese Bezüge nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von vorstehendem Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person für einen Schaden zahlt, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung oder des Wehr- oder Zivildiensts entstanden ist (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen), können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

(5) Unterhaltszahlungen, einschließlich derjenigen für Kinder, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, sind in dem anderen Staat von der Steuer befreit. Das gilt nicht, soweit die Unterhaltszahlungen im erstgenannten Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten abzugsfähig sind; Steuerfreibeträge zur Milderung der sozialen Lasten gelten nicht als Abzug im Sinne dieser Bestimmung.

Артыкул 18

Пенсіі, рэнта і падобныя выплаты

1. Пенсіі і падобныя выплаты або рэнта, якія выплачваюцца рэзідэнту адной Дагаворнай Дзяржавы, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве.

2. Нягледзячы на палажэнні пункта 1, выплаты, што атрымлівае фізічная асоба, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, па сацыяльнаму забеспячэнню, якое прадугледжана заканадаўствам другой Дагаворнай Дзяржавы, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай другой Дзяржаве.

3. Нягледзячы на палажэнні пункта 1, перыядычныя або неперыядычныя выплаты, што ажыццяўляюцца адной з Дагаворных Дзяржаў, Зямлёй або мясцовым органам улады асобе, якая з'яўляецца рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы, за страты, што панесены ў выніку вайны або палітычнага праследавання, або ваеннай або грамадзянскай службы (уключаючы пакрыццё страты), абкладаюцца падаткам толькі ў першай названай Дзяржаве.

4. Тэрмін «рэнта» абазначае пэўную суму, якая перыядычна выплачваецца праз пэўны час на працягу жыцця або на працягу агаворанага або ўстаноўленага перыяду часу ў адпаведнасці з абавязацельствам выконваць выплаты за адпаведнае і поўнае грашовае або эквівалентнае ўзнагароджанне.

5. Выплаты на ўтрыманне, уключаючы прызначаныя для дзяцей, што выконвае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, вызваляюцца ад падаткаў у гэтай другой Дзяржаве. Гэта палажэнне не прымяняецца, калі такія выплаты на ўтрыманне падлягаюць вылічэнням у першай названай Дзяржаве пры вылічэнні падаткаабкладаемага даходу плацельшчыка; падатковыя льготы па аслабленню сацыяльнага цяжару не разглядаюцца ў якасці вылічэнняў для мэт гэтага пункта.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer

Артыкул 19

Дзяржаўная служба

1. Узнагароджанні, іншыя, чым пенсіі, якія выплачваюцца Дагаворнай Дзяржавай, Зямлёй або яе мясцовым органам

Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für diesem Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften geleistete Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

a) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist; oder

b) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften geleistete Dienste gezahlt werden, können abweichend von Artikel 18 nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen für Dienstleistungen und Ruhegehälter, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(4) Vorstehender Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die vom oder für das Goethe-Institut der Bundesrepublik Deutschland gezahlt werden. Eine entsprechende Behandlung der Vergütungen anderer vergleichbarer Einrichtungen der Vertragsstaaten können im Verständigungsverfahren durch die zuständigen Behörden geregelt werden. Werden diese Vergütungen nicht in dem Staat besteuert, in dem die Einrichtung gegründet wurde, sind die Bestimmungen von Artikel 15 anzuwenden.

улады фізічнай асобе ў дачыненні да паслуг, якія аказваюцца гэтай Дзяржаве, Зямлі або мясцоваму органу ўлады, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве. Аднак, такое ўзнагароджанне абкладаецца падаткам толькі ў другой Дагаворнай Дзяржаве, калі паслугі аказваюцца ў гэтай Дзяржаве і калі фізічная асоба з'яўляецца рэзідэнтам гэтай Дзяржавы і

a) з'яўляецца грамадзянінам гэтай Дзяржавы; або

b) не стала рэзідэнтам гэтай Дзяржавы толькі з мэтай аказання паслуг.

2. Нягледзячы на палажэнні артыкула 18, пенсіі, якія выплачваюцца Дагаворнай Дзяржавай, Зямлёй або яе мясцовым органам улады фізічнай асобе ў дачыненні да паслуг, што аказаны гэтай Дзяржаве, Зямлі або яе мясцоваму органу ўлады, абкладаюцца падаткам толькі ў другой Дагаворнай Дзяржаве, калі фізічная асоба з'яўляецца рэзідэнтам гэтай Дзяржавы і яе грамадзянінам.

3. Палажэнні артыкулаў 15, 16 і 18 прымяняюцца да ўзнагароджання і пенсій у дачыненні да паслуг, якія аказваюцца ў сувязі з камерцыйнай дзейнасцю, што ажыццяўляецца адной з Дагаворных Дзяржаў, Зямлёй або мясцовым органам улады.

4. Палажэнні пункта 1 прымяняюцца таксама ў дачыненні да ўзнагароджання, што выплачваецца па праграме аказання дапамогі па развіццю адной Дагаворнай Дзяржавы, Зямлі або яе мясцовага органа ўлады з фондаў, якія прадастаўляюцца выключна гэтай Дзяржавай, Зямлёй або мясцовым органам улады спецыялісту або добраахвотніку, які адкамандзіраваны ў другую Дагаворную Дзяржаву са згоды гэтай другой Дзяржавы.

5. Палажэнні пункта 1 прымяняюцца таксама ў дачыненні да ўзнагароджання, што выплачваецца Інстытутам імя Гётэ Федэратыўнай Рэспублікі Германія або для яго. Кампетэнтныя органы па ўзаемнай згодзе могуць дамовіцца аб аналагічнай трактоўцы ўзнагароджання іншых параўнальных устаноў Дагаворных Дзяржаў. Калі такое ўзнагароджанне не абкладаецца падаткам у той Дзяржаве, у якой заснавана такая ўстанова, прымяняюцца палажэнні артыкула 15.

Artikel 20

Gastprofessoren, Lehrer und Studenten

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustauschs in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Артыкул 20

Выкладчыкі і студэнты

1. Фізічная асоба, якая знаходзіцца ў адной Дагаворнай Дзяржаве па запрашэнню гэтай Дзяржавы або ўніверсітэта, каледжа, школы, музея або іншай установы культуры гэтай Дзяржавы або ў адпаведнасці з афіцыйнай праграмай культурнага абмену на працягу перыяду, які не перавышае двух гадоў, выключна з мэтай выкладання, чытання лекцый або правядзення навуковых даследаванняў у такой установе, і якая з'яўляецца або з'яўлялася непасрэдна да гэтага прыезду рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы, вызваляецца ад падаткаў у першай названай Дзяржаве ў дачыненні да яе ўзнагароджання за такую дзейнасць, пры ўмове, што такое ўзнагароджанне атрымана ёю з крыніц за межамі гэтай Дзяржавы.

2. Выплаты, якія студэнт або навучэнец, які з'яўляецца або з'яўляўся непасрэдна перад прыездам у адну Дагаворную Дзяржаву рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы і які знаходзіцца ў першай названай Дзяржаве выключна з мэтай атрымання адукацыі або праходжання практыкі, атрымлівае для мэт яго утрымання, адукацыі або практыкі, не абкладаюцца падаткам у гэтай Дзяржаве, пры ўмове, што такія выплаты ўзнікаюць з крыніц за межамі гэтай Дзяржавы.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Vorstehender Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Артыкул 21

Іншыя даходы

1. Віды даходаў рэзідэнта Дагаворнай Дзяржавы, незалежна ад месца іх узнікнення, не названыя ў папярэдніх артыкулах дадзенага Пагаднення, падлягаюць падаткаабкладанню толькі ў гэтай Дзяржаве.

2. Палажэнні пункта 1 не прымяняюцца да даходаў, іншых, чым даходы ад нерухомай маёмасці, вызначанай у пункце 2 артыкула 6, калі атрымальнік такіх даходаў як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве праз пастаяннае прадстаўніцтва, што размешчана там, або аказвае ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі з пастаяннай базы, якая там знаходзіцца, і права або маёмасць, у дачыненні да якіх выплачваецца даход, сапраўды звязаны з такім пастаянным прадстаўніцтвам або пастаяннай базай. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14, у залежнасці ад абставін.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe oder Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe, Luftfahrzeuge oder Schiffe dient, ausgenommen unbewegliches Vermögen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Артыкул 22

Маёмасць

1. Маёмасць, якая прадстаўлена нерухомай маёмасцю, што належыць рэзідэнту адной Дагаворнай Дзяржавы і размешчана ў другой Дагаворнай Дзяржаве, можа абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. Маёмасць, якая прадстаўлена маёмасцю, што з'яўляецца часткай камерцыйнай маёмасці пастаяннага прадстаўніцтва, якое прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы мае ў другой Дагаворнай Дзяржаве, або маёмасцю, што адносіцца да пастаннай базы, даступнай рэзідэнту адной Дагаворнай Дзяржавы ў другой Дагаворнай Дзяржаве з мэтай аказання незалежных асабістых паслуг, можа абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

3. Маёмасць, што прадстаўлена марскімі і паветранымі суднамі, якія эксплуатуюцца ў міжнародных перавозках, і суднамі рачнога транспарта і маёмасцю, іншай, чым нерухомая маёмасць, што адносіцца да эксплуатацыі такіх марскіх, паветраных і рачных суднаў, абкладаецца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчаны фактычны кіруючы орган прадпрыемства.

4. Усе іншыя часткі маёмасці рэзідэнта Дагаворнай Дзяржавы абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die aus der Republik Belarus stammenden Einkünfte sowie die dort gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Republik Belarus besteuert werden können, ausgenommen, sofern nicht die Anrechnung nach Buchstabe b durchzuführen ist. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Belarus ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Артыкул 23

Пазбяганне двайнога падаткаабкладання ў дзяржаве пастаяннага месцазнаходжання

1. У выпадку рэзідэнта Федэратыўнай Рэспублікі Германія падатак вызначаецца наступным чынам:

а) За выключэннем, калі крэдыт па падатку, які аплачаны за мяжой, дапускаецца ў адпаведнасці з падпунктам b), выключаецца з базісу для вылічэння германскага падатку любы від даходу, што ўзнікае ў Рэспубліцы Беларусь, і любы від маёмасці, што знаходзіцца ў Рэспубліцы Беларусь, якія ў адпаведнасці з дадзеным Пагадненнем могуць абкладацца падаткам у Рэспубліцы Беларусь. Аднак, Федэратыўная Рэспубліка Германія захоўвае права прыняць да ўвагі пры вызначэнні сваёй стаўкі падатку віды даходу і маёмасці, такім чынам вызваленай. У выпадку відаў даходу ад дывідэндаў папярэдняе палажэнне прымяняецца толькі да такіх дывідэндаў, якія выплачваюцца кампаніі (не ўключаючы таварыствы), што з'яўляецца рэзідэнтам Федэратыўнай Рэспублікі Германія, кампаніяй, што з'яўляецца рэзідэнтам Рэспублікі Беларусь, не менш 10 працэнтаў капіталу якой належыць непасрэдна германскай кампаніі, і якія не вылічваліся пры вызначэнні прыбытку кампаніі, што размяркоўвае гэтыя дывідэнды.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen auszunehmen wären.

b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die belarussische Steuer angerechnet, die nach belarussischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:

aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;

bb) Zinsen;

cc) Lizenzgebühren;

dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Republik Belarus besteuert werden können;

ee) Einkünfte, die nach Artikel 15 Absatz 4 in der Republik Belarus besteuert werden können;

ff) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;

gg) Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

c) Statt der Bestimmungen des vorstehenden Buchstabens a sind die Bestimmungen des vorstehenden Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Belarus ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient (Artikel 6 Abs. 4), sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Abs. 1) und des Vermögens – außer unbeweglichem Vermögen –, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Abs. 2).

d) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Belarus zur Ausschüttung, so schließt Buchstabe a die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.

e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,

aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden oder

bb) wenn ein Vertragsstaat nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die er diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst am ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussets-

Павінна выключацца з базісу вылічэння падаткаў на маёмасць любое валоданне акцыямі, дывідэнды па якіх, у выпадку выплаты, выключаліся б у адпаведнасці з папярэднімі сказамі.

b) З улікам палажэнняў германскага падатковага заканадаўства адносна крэдыту па падатку, што аплачаны за мяжой, дапускаецца ў якасці крэдыту па германскаму падаходнаму падатку, які аплачваецца ў дачыненні да наступных відаў даходу, падатак Рэспублікі Беларусь, што аплачваецца па заканадаўству Рэспублікі Беларусь і ў адпаведнасці з дадзеным Пагадненнем:

aa) дывідэндаў, якія не агавораны ў падпункце а);

bb) працэнтаў;

cc) роялці;

dd) відаў даходаў, якія могуць абкладацца падаткам у Рэспубліцы Беларусь у адпаведнасці з пунктам 2 артыкула 13;

ee) відаў даходаў, якія могуць абкладацца падаткам у Рэспубліцы Беларусь у адпаведнасці з пунктам 4 артыкула 15;

ff) ганарараў дырэктараў;

gg) відаў даходу артыстаў і спартсменаў.

c) Палажэнні падпункта b) прымяняюцца замест палажэнняў падпункта а) да відаў даходу, як вызначана ў артыкулах 7 і 10, і да актываў, ад якіх такі даход атрыманы, калі рэзідэнт Федэратыўнай Рэспублікі Германія не прадстаўляе доказаў, што валавы даход пастаяннага прадстаўніцтва ў камерцыйным годзе, у якім прыбытак быў рэалізаваны, або кампаніі, што з'яўляецца рэзідэнтам Рэспублікі Беларусь, у камерцыйным годзе, за які выплачваліся дывідэнды, быў атрыманы выключна або амаль выключна ад дзейнасці ў значэнні раздзела 8, пункта 1, пазіцый 1-6 Германскага закона па знешніх падатковых сувязях (Aussensteuergesetz); тое ж самае прымяняецца да нерухомай маёмасці, якая выкарыстоўваецца пастаянным прадстаўніцтвам (артыкул 6, пункт 4), і да прыбытку ад адчужэння такой нерухомай маёмасці (артыкул 13, пункт 1), і маёмасці, іншай чым нерухомая маёмасць, што складае частку камерцыйнай маёмасці пастаяннага прадстаўніцтва (артыкул 13, пункт 2).

d) У выпадку, калі кампанія, якая з'яўляецца рэзідэнтам Федэратыўнай Рэспублікі Германія, размяркоўвае даходы, што атрыманы з крыніц у Рэспубліцы Беларусь, падпункт а) не павінен перашкаджаць кампенсацыйнаму спагнанню карпаратыўнага падатку з такіх размеркаванняў у адпаведнасці з палажэннямі германскага падатковага заканадаўства.

e) Нягледзячы на палажэнні падпункта а), двайное падаткаабкладанне ўстараняецца прадастаўленнем падатковага крэдыту, як адзначана ў падпункце b):

aa) калі ў Дагаворных Дзяржавах віды даходу або маёмасці размешчаны пад рознымі палажэннямі Пагаднення або адносяцца да розных асоб (за выключэннем, згодна з артыкулам 9) і гэты канфлікт не можа быць вырашаны ў парадку, што прадугледжаны артыкулам 25, пункт 3, і калі ў выніку такой розніцы ў размяшчэнні або аднясенні гэты даход або маёмасць застаецца неабкладаемым або мала абкладаемым, або

bb) калі пасля адпаведнай кансультацыі і з улікам абмежаванняў свайго нацыянальнага заканадаўства адна Дагаворная Дзяржава паведамляе другой Дагаворнай Дзяржаве па дыпламатычных каналах аб іншым даходзе, да якога яна мае намер прымяніць палажэнні гэтага пункта. Паведамленне не прымяняецца да першага дня каляндарнага года, наступнага за годам, у якім было зроблена паве-

zungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

(2) Bei einer in der Republik Belarus ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Bezieht eine in der Republik Belarus ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so rechnet die Republik Belarus

a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;

b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch keinesfalls den Teil der ermittelten Einkommensteuer oder Vermögensteuer übersteigen, der auf die Einkünfte oder Vermögensteile, die von der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, vor der Anrechnung entfällt.

дамленне, і да выканання ўсіх праваных патрабаванняў, што неабходны па нацыянальнаму заканадаўству той Дзяржавы, якая паведамляе, для ўваходжання ў дзеянне паведамлення.

2. У выпадку рэзідэнта Рэспублікі Беларусь падатак вызначаецца наступным чынам:

Калі рэзідэнт Рэспублікі Беларусь атрымлівае даход або валодае маёмасцю, якія ў адпаведнасці з палажэннямі дадзенага Пагаднення могуць абкладацца падаткам у Федэратыўнай Рэспубліцы Германія, тады Рэспубліка Беларусь дазваляе:

a) у якасці вылічэння з падатку на даход гэтага рэзідэнта суму, роўную падатку на даход, які аплачаны ў Федэратыўнай Рэспубліцы Германія;

b) у якасці вылічэння з падатку на маёмасць гэтага рэзідэнта суму, роўную падатку на маёмасць, які аплачаны ў Федэратыўнай Рэспубліцы Германія.

Аднак, такое вылічэнне ў любым выпадку не павінна перавышаць тую частку падатку з даходу або падатку на маёмасць, як было падлічана да прадастаўлення вылічэння, якая адносіцца, у залежнасці ад абставін, да даходу або маёмасці, якія могуць абкладацца падаткам у Федэратыўнай Рэспубліцы Германія.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

Артыкул 24

Недыскрымінацыя

1. Грамадзяне адной Дагаворнай Дзяржавы не падлягаюць у другой Дагаворнай Дзяржаве іншаму або больш цяжкаму падаткаабкладанню або звязанаму з ім патрабаванню, чым падаткаабкладанне і звязаныя з ім патрабаванні, якім падлягаюць або могуць падлягаць грамадзяне гэтай другой Дзяржавы пры тых жа абставінах, у прыватнасці, у дачыненні да пастаяннага месцазнаходжання. Гэта палажэнне таксама прымяняецца, нягледзячы на палажэнні артыкула 1, да асоб, якія не з'яўляюцца рэзідэнтамі адной або абедзвюх Дагаворных Дзяржаў.

2. Асобы без грамадзянства, якія з'яўляюцца рэзідэнтамі адной Дагаворнай Дзяржавы, не павінны падвяргацца ні ў якой з Дагаворных Дзяржаў ніякаму падаткаабкладанню або звязанаму з ім патрабаванню, іншаму або больш цяжкаму, чым падаткаабкладанне і звязаныя з ім патрабаванні, якім падвяргаюцца або могуць падвяргацца грамадзяне гэтай Дзяржавы пры тых жа абставінах.

3. Падаткаабкладанне пастаяннага прадстаўніцтва, якое прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы мае ў другой Дагаворнай Дзяржаве, не павінна быць менш спрыяльным у гэтай другой Дзяржаве, чым падаткаабкладанне прадпрыемстваў гэтай другой Дзяржавы, якія ажыццяўляюць падобную дзейнасць. Гэта палажэнне не павінна тлумачыцца як тое, якое абавязвае адну Дагаворную Дзяржаву прадастаўляць рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы якія-небудзь асабістыя льготы, вызваленні і скідкі ў падаткаабкладанні, якія яна прадастаўляе толькі сваім уласным рэзідэнтам.

4. За выключэннем выпадкаў, калі прымяняюцца палажэнні пункта 1 артыкула 9, пункта 7 артыкула 11 або пункта 6 артыкула 12, працэнты, роялці і іншыя выплаты, якія выконвае прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, падлягаюць у мэтах вызначэння падаткаабкладаемага прыбытку такога прадпрыемства вылічэнням на тых жа ўмовах, як калі б яны былі выплачаны рэзідэнту першай названай Дзяржавы. Падобным чынам любыя даўгі прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы падлягаюць у мэтах вызначэння падаткаабкладаемай маёмасці такога прадпрыемства вылічэнням на тых жа ўмовах, што і даўгі рэзідэнту першай названай Дзяржавы.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die

5. Прадпрыемствы адной Дагаворнай Дзяржавы, маёмасць якіх поўнасцю або часткова, прама ці ўскосна належыць або кантралюецца адным або некалькімі рэзідэнтамі другой Дагаворнай Дзяржавы, не падлягаюць у першай названай Дзяржаве іншаму або больш цяжкаму падаткаабкладанню або звязанаму з ім патрабаванню, чым падаткаабкладанне і звязаныя з ім патрабаванні, якім падвяргаюцца або могуць падвяргацца падобныя прадпрыемствы першай названай Дзяржавы.

6. Палажэнні гэтага артыкула, нягледзячы на палажэнні артыкула 2, прымяняюцца да падаткаў любога роду і віду.

Артыкул 25

Працэдура ўзаемнага пагаднення

1. Калі асоба лічыць, што дзеянні адной або абедзвюх Дагаворных Дзяржаў прыводзяць або прывядуць да падаткаабкладання яе не ў адпаведнасці з палажэннямі дадзенага Пагаднення, яна можа, незалежна ад сродкаў абароны, якія прадугледжаны нацыянальным заканадаўствам гэтых Дзяржаў, прадставіць сваю справу для разгляду ў кампетэнтны орган Дагаворнай Дзяржавы, рэзідэнтам якой яна з'яўляецца, або, калі яе выпадак падпадае пад дзеянне пункта 1 артыкула 24, той Дагаворнай Дзяржавы, грамадзянінам якой яна з'яўляецца. Заява павінна быць прадстаўлена на працягу трох гадоў з даты першага паведамлення аб дзеяннях, што прыводзяць да падаткаабкладання не ў адпаведнасці з палажэннямі дадзенага Пагаднення.

2. Кампетэнтны орган імкнецца, калі ён палічыць заяву абгрунтаванай і калі ён сам не ў стане прыйсці да здавальняючага рашэння, вырашыць пытанне па ўзаемнай згодзе з кампетэнтным органам другой Дагаворнай Дзяржавы з мэтай пазбягання падаткаабкладання, якое не адпавядае дадзенаму Пагадненню. Любая дасягнутая дамоўленасць выконваецца, нягледзячы на якія-небудзь абмежаванні па часу, што маюцца ў нацыянальным заканадаўстве Дагаворных Дзяржаў.

3. Кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў імкнуцца вырашаць па ўзаемнай згодзе любыя цяжкасці або сумненні, якія ўзнікаюць пры тлумачэнні або прымяненні дадзенага Пагаднення. Яны могуць таксама кансультавацца адзін з адным з мэтай устаранення двайнога падаткаабкладання ў выпадках, якія не прадугледжаны Пагадненнем.

4. Кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў могуць уступаць у прамыя кантакты адзін з адным у мэтах дасягнення згоды ў разуменні папярэдніх пунктаў.

Артыкул 26

Абмен інфармацыяй

1. Кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў абмеьваюцца такой інфармацыяй, якая неабходна для выканання палажэнняў дадзенага Пагаднення або нацыянальных заканадаўстваў Дагаворных Дзяржаў, што датычацца падаткаў, на якія распаўсюджваецца Пагадненне, у той ступені, у якой падаткаабкладанне па гэтаму заканадаўству не супярэчыць Пагадненню. Абмен інфармацыяй не абмяжоўваецца артыкулам 1. Любая інфармацыя, што атрымана Дагаворнай Дзяржавай, лічыцца канфідэнцыяльнай таксама як і інфармацыя, што атрымана па нацыянальнаму заканадаўству гэтай Дзяржавы і раскрываецца толькі асобам або органам (уключаючы суды і адміністрацыйныя органы), якія звязаны з падлічэннем або сысканнем, прымусовым спагнаннем або судовым праследаваннем, або разглядам заяў у дачыненні да падаткаў, на якія распаўсюджваецца дадзенае Пагадненне. Такія асобы або органы павінны

Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Vorstehender Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Erstattung der Abzugssteuern

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünfte im Abzugsweg an der Quelle erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg an der Quelle erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des dritten auf das Kalenderjahr der Einbehaltung der Abzugssteuer auf Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder andere Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit in dem anderen Vertragsstaat verlangen.

(4) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 28

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaat wegen der den Diplomaten und Konsularbeamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer zwischenstaatlicher Übereinkünfte zustehenden steuerlichen Vorrechte nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder einer ständigen Vertretung eines Vertragsstaats ist, die im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, für Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

выкарыстоўваць інфармацыю толькі для такіх мэт. Яны могуць раскрываць інфармацыю ў ходзе адкрытых судовых пасяджэнняў або пры прыняцці судовых рашэнняў.

2. Ні ў якім выпадку палажэнні пункта 1 не павінны тлумачыцца як тыя, што абавязваюць адну Дагаворную Дзяржаву:

a) праводзіць адміністрацыйныя меры, якія супярэчаць заканадаўству або адміністрацыйнай практыцы гэтай або другой Дагаворнай Дзяржавы;

b) прадастаўляць інфармацыю, якую нельга атрымаць па заканадаўству або ў ходзе звычайнай адміністрацыйнай практыкі гэтай або другой Дагаворнай Дзяржавы;

c) прадастаўляць інфармацыю, якая раскрывала б якуюнебудзь гандлёвую, дзелавую, прамысловую, камерцыйную або прафесіянальную тайну або гандлёвы працэс або інфармацыю, раскрыццё якой супярэчыла б дзяржаўнай палітыцы.

Артыкул 27

Вяртанне падатку, які спаганяецца з крыніцы

1. Калі ў адной з Дагаворных Дзяржаў падаткі на дывідэнды, працэнты, роялці або іншыя віды даходу, што атрымлівае асоба, якая з'яўляецца рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы, спаганяюцца шляхам утрымання з крыніцы, права першай названай Дзяржавы спаганяць падатак з крыніцы па стаўцы, што прадугледжана яе нацыянальным заканадаўствам, не закранаецца палажэннямі дадзенага Пагаднення. Падатак, які ўтрыманы з крыніцы, вяртаецца па заяве падаткаплацельшчыка, калі ён зніжаецца дадзеным Пагадненнем або перастае спаганяцца, і ў той ступені, у якой ён зніжаецца або перастае спаганяцца.

2. Заявы на вяртанне павінны быць прадстаўлены да канца трэцяга года, наступнага за каляндарным годам, у якім падатак з крыніцы быў утрыманы з дывідэндаў, працэнтаў, роялці або іншых відаў даходу.

3. Дагаворная Дзяржава, у якой узнікаюць віды даходу, можа патрабаваць пацвярджэння кампетэнтнага органа аб пастаянным месцазнаходжанні ў другой Дагаворнай Дзяржаве.

4. Кампетэнтныя органы могуць па ўзаемнай згодзе выконваць палажэнні гэтага артыкула і ў выпадку неабходнасці ўстанаўліваць іншы парадак ажыццяўлення падатковых скідак або льгот, што прадугледжаны дадзеным Пагадненнем.

Артыкул 28

Члены дыпламатычных прадстаўніцтваў і консульскіх устаноў

1. Ніякія палажэнні дадзенага Пагаднення не закранаюць падатковых прывілей членаў дыпламатычнага прадстаўніцтва або консульскай установы, што прадастаўлены агульнымі нормамі міжнароднага права або палажэннямі спецыяльных пагадненняў.

2. Пастолькі, паколькі ў сувязі з падатковымі прывілеямі, што прадастаўлены дыпламатычным прадстаўнікам або консульскім работнікам агульнымі нормамі міжнароднага права або палажэннямі спецыяльных міжнародных пагадненняў, віды даходу або маёмасці не падлягаюць падаткаабкладанню ў Дзяржаве, якая прымае, і ў той ступені, у якой яны не падлягаюць яму, Дзяржава, якая накіроўвае, мае права абкладаць падаткам такія віды даходу або маёмасці.

3. Нягледзячы на палажэнні артыкула 4, фізічная асоба, якая з'яўляецца членам дыпламатычнага прадстаўніцтва, консульскай установы або пастаяннай місіі адной Дагаворнай Дзяржавы, што размешчана ў другой Дагаворнай Дзяржаве або ў трэцяй Дзяржаве, лічыцца рэзідэнтам Дзяржавы, якая накіроўвае, для мэт дадзенага Пагаднення, калі:

a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates nicht steuerpflichtig ist und

b) im Entsendestaat den gleichen Verpflichtungen bezüglich der Steuer von ihrem gesamten Einkommen oder vom Vermögen unterworfen ist wie in diesem Staat ansässige Personen.

Artikel 29

Nebenurkunden

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 30

Registrierung gemäß Artikel 102 der VN-Charta

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Republik Belarus veranlasst. Der andere Vertragsstaat wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Artikel 31

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden, und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 24. November 1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus außer Kraft und ist nicht mehr anzuwenden.

Artikel 32

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

a) у адпаведнасці з міжнародным правам яна не падлягае падаткаабкладанню ў Дзяржаве, якая прымае, у дачыненні да відаў даходу з крыніц за межамі гэтай Дзяржавы, і

b) яна падлягае ў Дзяржаве, якая накіроўвае, тым жа абавязацельствам у дачыненні да падатку на яе агульны даход або маёмасць, як і рэзідэнты гэтай Дзяржавы.

Артыкул 29

Дадатковыя пратаколы

Пратакол, які прыкладаецца, з'яўляецца састаўной часткай дадзенага Пагаднення.

Артыкул 30

Рэгістрацыя згодна з артыкулам 102 Статута ААН

Рэгістрацыя дадзенага Пагаднення ў Сакратарыяце Арганізацыі Аб'яднаных Нацый згодна з артыкулам 102 Статута Арганізацыі Аб'яднаных Нацый ажыццяўляецца Рэспублікай Беларусь неадкладна пасля ўваходжання ў сілу. Дзяржава, якая рэгіструе, інфармуе другую Дагаворную Дзяржаву аб правядзенні рэгістрацыі з указаннем рэгістрацыйнага нумара Арганізацыі Аб'яднаных Нацый пасля пацвярджэння рэгістрацыі Сакратарыятам Арганізацыі Аб'яднаных Нацый.

Артыкул 31

Уваходжанне ў сілу

1. Дадзенае Пагадненне ратыфікуецца і выконваецца абмен ратыфікацыйнымі граматамі ў магчыма кароткі тэрмін у Берліне.

2. Дадзенае Пагадненне ўваходзіць у сілу ў дзень абмену ратыфікацыйнымі граматамі і прымяняецца ў абедзвюх Дагаворных Дзяржавах:

a) у выпадку падаткаў, што ўтрыманы з крыніцы з дывідэндаў, працэнтаў і роялці, у дачыненні да сум, якія выплачваюцца першага або пасля першага студзеня каляндарнага года, наступнага за годам, у якім Пагадненне ўвайшло ў сілу;

b) у выпадку іншых падаткаў, у дачыненні да падаткаў, што спаганяюцца за перыяды, якія пачынаюцца першага або пасля першага студзеня каляндарнага года, наступнага за годам, у якім Пагадненне ўвайшло у сілу.

3. З уваходам у сілу гэтага Пагаднення спыняе дзеянне і больш не выкарыстоўваецца ў адносінах паміж Федаратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь Пагадненне ад 24 лістапада 1981 года паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Саюзам Савецкіх Сацыялістычных Рэспублік аб пазбяганні двайнога падаткаабкладання даходаў і маёмасці.

Артыкул 32

Спыненне дзеяння

Дзеянне дадзенага Пагаднення прадаўжаецца на працягу няпэўнага перыяду, аднак кожная з Дагаворных Дзяржаў можа трыццатага або да трыццатага чэрвеня любога каляндарнага года, які пачынаецца пасля сканчэння пяці гадоў з даты яго ўваходжання ў сілу, накіраваць другой Дагаворнай Дзяржаве па дыпламатычных каналах пісьмовае паведамленне аб спыненні дзеяння, і ў такім выпадку дадзенае Пагадненне спыняе сваё дзеянне:

a) у выпадку падаткаў, што ўтрыманы з крыніцы з дывідэндаў, працэнтаў і роялці, у дачыненні да сум, што выплачваюцца першага або пасля першага студзеня каляндарнага года, наступнага за годам, у якім дадзена паведамленне аб спыненні дзеяння;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Minsk am 30. September 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher und belarussischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

b) у выпадку іншых падаткаў, у дачыненні да падаткаў, што спаганяюцца за перыяды, якія пачынаюцца першага або пасля першага студзеня каляндарнага года, наступнага за годам, у якім дадзена паведамленне аб спыненні дзеяння.

Вызначаючай датай адліку тэрміну з'яўляецца дзень атрымання паведамлення аб спыненні дзеяння другой Дагаворнай Дзяржавай.

Здзейснена ў г. Мінску 30 верасня 2005 года ў двух сапраўдных экземплярах, кожны на нямецкай і беларускай мовах, прычым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федэратыўную Рэспубліку Германія

Martin Hecker

Für die Republik Belarus
За Рэспубліку Беларусь

Anna Dejko

Protokoll

Пратакол

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Belarus

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 30. September 2005 in Minsk die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zu den Artikeln 2, 11, 17, 18 und 19:

Der in dem Abkommen verwendete Ausdruck „Land“ gilt nur in der Bundesrepublik Deutschland.

2. Zu den Artikeln 3, 8, 13, 15 und 22:

Bei der Ermittlung des „Ortes der tatsächlichen Geschäftsleitung“ gehören zu den Umständen, die berücksichtigt werden, u. a. der Ort, von dem aus ein Unternehmen tatsächlich geleitet und beherrscht wird, sowie der Ort, an dem auf höchster Ebene Entscheidungen getroffen werden, die für die Leitung des Unternehmens von grundsätzlicher Bedeutung sind.

3. Zu Artikel 7:

a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats Güter oder Waren durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat oder übt es über eine solche eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage der Vergütung ermittelt, die der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist.

b) Einer Bauausführung oder Montage können in dem Vertragsstaat, in dem die Betriebsstätte liegt, nur die Gewinne aus dieser Tätigkeit selbst zugerechnet werden. Gewinne aus der Lieferung von Waren im Zusammenhang mit oder unabhängig von dieser Tätigkeit durch die Hauptbetriebsstätte oder eine andere Betriebsstätte des Unternehmens oder durch einen Dritten sind dieser Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen.

c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 oder Artikel 14 des Abkommens anzuwenden ist.

d) Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen für unselbständige Arbeit, die aufgrund eines Arbeitsverhältnisses von einem Unternehmen eines Vertragsstaats gezahlt werden, das ganz oder teilweise einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person gehört, werden bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns des Unternehmens zum Abzug zugelassen. Das Gleiche gilt für Betriebsstätten.

Федэратыўная Рэспубліка Германія

і

Рэспубліка Беларусь

пры падпісанні ў г. Мінску 30 верасня 2005 года Пагаднення паміж дзвюма Дзяржавамі аб пазбяганні двайнога падаткаабкладання ў дачыненні да падаткаў на даходы і маёмасць пагадзіліся аб наступных палажэннях, якія складаюць неад'емную частку названага Пагаднення.

1. У дачыненні да артыкулаў 2, 11, 17, 18 і 19

Разумеецца, што ў выпадку, калі ў дадзеным Пагадненні выкарыстоўваецца тэрмін «Зямля», гэты тэрмін прымяняецца толькі да Федэратыўнай Рэспублікі Германія.

2. У дачыненні да артыкулаў 3, 8, 13, 15 і 22

Разумеецца, што пры ўстанаўленні «фактычнага кіруючага органа» абставінамі, якія акрамя ўсяго іншага могуць быць прыняты да ўвагі, з'яўляюцца: месца, адкуль ажыццяўляецца фактычнае кіраванне і кантроль кампаніі, месца, дзе прымаюцца рашэнні на вышэйшым узроўні па важных пытаннях, істотных для кіравання кампаніяй.

3. У дачыненні да артыкула 7

a) У выпадку, калі прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы прадае тавары або вырабы або ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве праз пастаяннае прадстаўніцтва, якое там размешчана, прыбытак гэтага пастаяннага прадстаўніцтва вызначаецца не на аснове агульнай сумы, што атрымана прадпрыемствам, а толькі на аснове ўзнагароджання, якое адносіцца да сапраўднай дзейнасці пастаяннага прадстаўніцтва, за такі продаж або камерцыйную дзейнасць.

b) У Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчана пастаяннае прадстаўніцтва, ніякі прыбытак не адносіцца да будаўнічай пляцоўкі, будаўнічага, мантажнага або зборачнага аб'екта за выключэннем таго, які з'яўляецца вынікам самой такой дзейнасці. Прыбытак, што атрымліваецца ад пастаўкі тавараў, якая звязана з такой дзейнасцю, або незалежнай ад яе, і якая ажыццяўляецца асноўным пастаянным прадстаўніцтвам або любым іншым пастаянным прадстаўніцтвам прадпрыемства або трэцім бокам, не адносіцца да гэтай будаўнічай пляцоўкі, будаўнічага, мантажнага або зборачнага аб'екта.

c) Выплаты, што атрыманы ў якасці ўзнагароджання за тэхнічныя паслугі, уключаючы даследаванні або пошукі навуковага, геалагічнага або тэхнічнага характару або за тэхнічныя кантракты, уключаючы звязаныя з імі праекты, або за кансультацыйныя або назіральныя паслугі, разглядаюцца ў якасці выплат, да якіх прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14 дадзенага Пагаднення.

d) Заработная плата і іншае ўзнагароджанне за залежныя асабістыя паслугі, што фактычна выплачваюцца ў дачыненні да работы па найму прадпрыемствам адной Дагаворнай Дзяржавы, якое поўнасцю або часткова належыць рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, дапускаюцца ў якасці вылічэння пры вызначэнні падаткаабкладаемага прыбытку гэтага прадпрыемства. Тое ж самае прымяняецца да пастаяннага прадстаўніцтва.

4. Zu den Artikeln 7 und 9:

Es gilt als vereinbart, dass Zinsen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft zahlt, an der eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person beteiligt ist, unabhängig davon, ob diese Zinsen an eine Bank oder eine andere Person gezahlt werden, und unabhängig von der Laufzeit des Darlehens bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns dieser Gesellschaft im erstgenannten Staat unbeschränkt abzugsfähig sind. Der abzugsfähige Betrag darf aber nicht den Betrag übersteigen, den unabhängige Unternehmen miteinander unter vergleichbaren Umständen vereinbaren würden. Diese Bestimmung gilt auch für Zinsen, die von einer Betriebsstätte gezahlt werden.

5. Zu den Artikeln 10, 11, 12, 13, 14, 15, 21 und 22:

Für die Zwecke dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „feste Einrichtung“ einen bestimmten Ort, von dem aus eine natürliche Person eine selbständige Arbeit ganz oder teilweise ausübt.

6. Zu den Artikeln 10 und 11:

Der Ausdruck „Dividenden“ schließt auch die Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder von partiarischen Darlehen, Gewinnobligationen oder ähnlichen Zahlungen sowie die Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen ein.

Zur Information der Republik Belarus werden die Ausdrücke „stille Gesellschaft“, „partiarisches Darlehen“ und „Gewinnobligationen“ zur Klarstellung wie folgt erklärt:

- Eine „stille Gesellschaft“ ist laut §§ 230 bis 237 Handelsgesetzbuch eine Personengesellschaft, an der sich eine Person, der stille Gesellschafter, an einem Unternehmen (des aktiven Gesellschafters) mit einer Vermögenseinlage beteiligt, die in das Vermögen des aktiven Gesellschafters übergeht. Der stille Gesellschafter ist am Gewinn beteiligt.
- „Partiarisches Darlehen“ ist ein Darlehen mit Gewinnbeteiligung.
- „Gewinnobligationen“ sind im Allgemeinen Wertpapiere, die je nach Höhe der Ausschüttung des Schuldners mit dem Recht auf zusätzliche Zinsforderungen verbunden und nicht mit Bezugsrechten auf Aktien verbunden sind.

7. Zu Artikel 26:

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

a) Die Verwendung der Daten durch den empfangenden Staat ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch den übermittelnden Staat vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.

b) Der empfangende Staat unterrichtet den übermittelnden Staat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörde des übermittelnden Staats erfolgen.

d) Der übermittelnde Staat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem

4. У дачыненні да артыкулаў 7 і 9

Разумеецца, што працэнты, якія выплачвае прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы, якое з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, і ў якім рэзідэнт другой Дагаворнай Дзяржавы прымае ўдзел, поўнасцю падлягаюць вылічэнням для мэт вызначэння падаткаабкладаемага прыбытку гэтага прадпрыемства ў першай названай Дзяржаве незалежна ад таго, выплачваюцца працэнты банку або іншай асобе, і незалежна ад працягласці пазыкі. Аднак, сума, якая падлягае вылічэнню, не павінна перавышаць суму, якая была б узгоднена паміж незалежнымі асобамі ў падобных абставінах. Дадзенае палажэнне таксама прымяняецца да працэнтаў, што выплачваюцца пастаянным прадстаўніцтвам.

5. У дачыненні да артыкулаў 10, 11, 12, 13, 14, 15, 21 і 22

Для мэт дадзенага Пагаднення тэрмін «пастаянная база» абазначае пастаяннае месца, праз якое поўнасцю або часткова ажыццяўляецца дзейнасць фізічнай асобы, якая прадастаўляе незалежныя асабістыя паслугі.

6. У дачыненні да артыкулаў 10 і 11

Разумеецца, што тэрмін «дывідэнды» уключае таксама даход, які атрыманы пасіўным удзельнікам («stiller Gesellschafter») ад яго ўдзелу як такога або ад «partiarisches Darlehen», «Gewinnobligationen» або падобныя выплаты і размеркаванні па сертыфікатах інвестыцыйнага фонду або інвестыцыйнага трэста.

Да ведама беларускага боку тэрміны «stille Gesellschaft», «partiarisches Darlehen» і «Gewinnobligationen» можна растлумачыць наступным чынам:

- «stille Gesellschaft» (пасіўнае таварыства) з'яўляецца ў адпаведнасці з параграфамі 230 – 237 Гандлёвага кодэкса (Handelsgesetzbuch) таварыствам, у якім адна асоба, пасіўны ўдзельнік, удзельнічае ў прадпрыемстве (актыўнага партнёра) з дапамогай укладу, які становіцца часткай актываў актыўнага партнёра. Пасіўны ўдзельнік удзельнічае ў прыбытку.
- «Partiarisches Darlehen» – пазыка, якая звязана з прыбыткам.
- «Gewinnobligationen» – гэта, увогуле, аблігацыі, якія даюць права на атрыманне дадатковых працэнтаў у залежнасці ад узроўню размеркавання прыбытку даўжніка і не даюць права на атрыманне акцый.

7. У дачыненні да артыкула 26

У той ступені, у якой у адпаведнасці з дадзеным Пагадненнем і ўнутранымі прававымі палажэннямі адбываецца абмен асабістай інфармацыяй, прымяняюцца наступныя дадатковыя палажэнні з улікам прававых палажэнняў, што прымяняюцца да адпаведнага Дагаворнага боку:

a) Дзяржава, якая атрымлівае інфармацыю, можа выкарыстоўваць такую інфармацыю толькі для названай мэты і павінна падпарадкоўвацца ўмовам, што названы Дзяржавай, якая прадастаўляе інфармацыю.

b) Дзяржава, якая атрымлівае інфармацыю, павінна па запыту інфармаваць Дзяржаву, якая прадастаўляе інфармацыю, аб выкарыстанні інфармацыі, што прадстаўлена, і дасягнутых такім чынам выніках.

c) Асабістая інфармацыя можа прадастаўляцца толькі адказным органам. Любое наступнае прадастаўленне інфармацыі другім органам можа ажыццяўляцца толькі з папярэдняга адабрэння Дзяржавы, якая прадастаўляе інфармацыю.

d) Дзяржава, якая прадастаўляе інфармацыю, абавязана гарантаваць, што інфармацыя, якая прадастаўляецца, будзе дакладнай і што яна будзе неабходнай і адпавядаючай мэце, для якой яна прадастаўляецца. Павін-

jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem empfangenden Staat unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.

e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür der empfangende Staat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Er kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch den übermittelnden Staat verursacht worden ist.

g) Soweit das für den übermittelnden Staat geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist dieser Staat den empfangenden Staat darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

h) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

i) Der übermittelnde Staat und der empfangende Staat sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

8. Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen:

a) Dieses Abkommen ist nicht dahingehend auszulegen, dass

aa) ein Vertragsstaat gehindert ist, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden;

bb) die Bundesrepublik Deutschland daran gehindert wird, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes in die Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person einzubeziehen sind.

b) Wenn die vorstehenden Bestimmungen zur Doppelbesteuerung führen, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 25 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

ны выконвацца любыя забароны на прадастаўленне інфармацыі, якія прадугледжаны адпаведным нацыянальным заканадаўствам. Калі высвятляецца, што была прадастаўлена недакладная інфармацыя або інфармацыя, якая не павінна была прадастаўляцца, аб гэтым неадкладна паведамляецца Дзяржаве, якая атрымлівае інфармацыю. Гэта Дзяржава абавязана выправіць або знішчыць такую інфармацыю.

e) Па заяве зацікаўленай асобе паведамляецца аб інфармацыі, якая прадастаўляецца, што адносіцца да яе, і яе прымяненні. Не павінна быць абавязацельства прадастаўляць гэту інфармацыю, калі ў выніку аказваецца, што дзяржаўныя інтарэсы ў адмове ў выдачы перавышаюць інтарэсы зацікаўленай асобы ў яе атрыманні. Ва ўсіх іншых адносінах права зацікаўленай асобы быць інфармаванай аб існуючай інфармацыі, што адносіцца да яе, павінна вызначацца нацыянальным заканадаўствам той Дагаворнай Дзяржавы, на суверэннай тэрыторыі якой зроблена заява на атрыманне інфармацыі.

f) Дзяржава, якая атрымлівае інфармацыю, нясе адказнасць у адпаведнасці са сваім нацыянальным заканадаўствам у дачыненні да любой асобы, якой нанесены незаконныя страты ў выніку прадастаўлення інфармацыі згодна абмену інфармацыяй у адпаведнасці з дадзеным Пагадненнем. У адносінах да пацярпеўшай асобы Дзяржава, якая атрымлівае інфармацыю, не павінна спасылацца ў сваё апраўданне, што страты былі выкліканы Дзяржавай, якая прадастаўляе інфармацыю.

g) Калі ў нацыянальным заканадаўстве Дзяржавы, якая прадастаўляе інфармацыю, прадугледжаны спецыяльныя палажэнні па знішчэнню асабістай інфармацыі, што прадстаўляецца, гэта Дзяржава інфармуе Дзяржаву, якая атрымлівае інфармацыю, адпаведным чынам. Незалежна ад такога заканадаўства асабістая інфармацыя, што прадастаўляецца, знішчаецца, як толькі яна становіцца непатрэбнай для мэты, для якой яна была прадастаўлена.

h) Дагаворныя Дзяржавы абавязаны весці афіцыйныя запісы аб прадастаўленні і атрыманні асабістай інфармацыі.

i) Дзяржава, якая прадастаўляе інфармацыю, і Дзяржава, якая атрымлівае інфармацыю, абавязаны прымаць эфектыўныя меры для абароны асабістай інфармацыі, што прадастаўляецца, ад неправамоцнага доступу, неправамоцнага змянення і неправамоцнага раскрыцця.

8. Прымяненне Пагаднення ў асаблівых выпадках

a) Дадзенае Пагадненне не павінна тлумачыцца як тое, якое перашкаджае

aa) Дагаворнай Дзяржаве прымяняць свае ўнутраныя прававыя палажэнні па папярэджанню законнага або незаконнага ўхілення ад аплаты падаткаў;

bb) Федэратыўнай Рэспублiцы Германія спаганяць падаткі з сум, якія павінны быць уключаны ў віды даходу рэзідэнта Федэратыўнай Рэспублікі Германія згодна Чацвёртай частцы Германскага закона па знешніх падатковых сувязях (Aussensteuergesetz).

b) Калі вышэйназваныя палажэнні прыводзяць да двайнога падаткаабкладання, кампетэнтныя органы павінны пракансультавацца згодна з пунктам 3 артыкула 25 аб тым, як пазбегнуць двайнога падаткаабкладання.

Denkschrift zum Abkommen und zum Protokoll

I. Allgemeines

Das in Minsk am 30. September 2005 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung löst das alte, noch mit der ehemaligen Sowjetunion abgeschlossene und im Verhältnis zur Republik Belarus weitergeltende Abkommen vom 24. November 1981 (BGBl. 1983 II S. 2) ab. Dieses Abkommen ist durch die wirtschaftliche Entwicklung Belarus überholt und muss deshalb durch einen modernen und den Anforderungen der gegenwärtigen Verhältnisse besser angepassten Vertrag ersetzt werden. Das Abkommen entspricht weitgehend dem OECD-Musterabkommen. Hierdurch trägt es zur Vereinheitlichung auf diesem Gebiet bei.

Das Protokoll mit einigen das Abkommen ergänzenden Regelungen ist Bestandteil des Abkommens.

Die Abkommensverhandlungen wurden in 1996 beendet. Eine Unterzeichnung des Abkommens konnte wegen politischer Entwicklungen erst 2005 erfolgen. Dem OECD-Musterabkommen von 1992 weitgehend folgend, regeln die Artikel 1 bis 5 den Geltungsbereich des Vertrages sowie die für die Anwendung des Abkommens notwendigen allgemeinen Begriffsbestimmungen. Die Artikel 6 bis 22 weisen dem Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Besteuerungsrechte für die einzelnen Einkunftsarten und für das Vermögen zu. Artikel 23 enthält die Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch den Ansässigkeitsstaat für die Einkünfte und Vermögenswerte, die der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuern darf. Die Artikel 24 bis 32 regeln den Schutz vor Diskriminierung, die zur Durchführung des Abkommens notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und das Außerkrafttreten des Abkommens sowie andere Fragen. Das Protokoll ergänzt das Abkommen um einige klarstellende Bestimmungen sowie um die Klauseln zum Schutz personenbezogener Daten.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen Anwendung findet (subjektiver Geltungsbereich).

Zu Artikel 2

Dieser Artikel bezeichnet die in den Geltungsbereich des Abkommens fallenden Steuern.

Nummer 1 des Protokolls zum Abkommen stellt generell klar, dass der im Abkommen verwendete Ausdruck „Land“ nur in der Bundesrepublik Deutschland gilt.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel enthält in Absatz 1 allgemeine Begriffsbestimmungen für einige im Abkommen verwendete Begriffe, die für die Anwendung des Abkommens von besonderer Bedeutung sind. Absatz 2 enthält die übliche Regel, dass im Abkommen nicht bestimmte Begriffe entsprechend dem nationalen Steuerrecht des das Abkommen anwendenden Vertragsstaats auszulegen sind, wenn der Abkommenszusammenhang keine andere Auslegung erfordert.

Nummer 2 des Protokolls zum Abkommen nennt ergänzend Kriterien, wann ein „Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung“ vorliegt.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel bestimmt den für den subjektiven Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung der Besteuerungsrechte maßgeblichen Begriff der Ansässigkeit. Nach Absatz 1 wird hierbei grundsätzlich an das innerstaatliche Recht der Vertragsstaaten angeknüpft. In den Fällen der Doppelansässigkeit regeln die Absätze 2 und 3 nach bestimmten Merkmalen, welcher der beiden Staaten für die Abkommensanwendung als Ansässigkeitsstaat gilt.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt den Begriff der Betriebsstätte, der die Grundlage der Besteuerung gewerblicher Einkünfte bildet.

In Absatz 1 wird der Ausdruck „Betriebsstätte“ allgemein umschrieben. Eine nicht abschließende Aufzählung von typischen Beispielen enthält Absatz 2. Bauausführungen und Montagen gelten nach Absatz 3 nur dann als Betriebsstätten, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet. Absatz 4 enthält die Negativabgrenzung zum Begriff der Betriebsstätte. Die Absätze 5, 6 und 7 enthalten weitere dem OECD-Musterabkommen nachgebildete Abgrenzungsvorschriften zum abhängigen und unabhängigen Vertreter sowie zur Eigenständigkeit von verbundenen Gesellschaften.

Zu Artikel 6

Die Absätze 1 und 3 bestimmen, dass Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen oder der Nutzung von unbeweglichem Vermögen im Belegenheitsstaat besteuert werden können. Das gilt nach Absatz 4 auch für Betriebsgrundstücke. Absatz 2 enthält abweichend vom OECD-Musterabkommen eine abschließende Definition des Begriffs „unbewegliches Vermögen“. Die Definition ist erforderlich, da nach belarussischem Recht alle Gegenstände ab einem geringen Mindestwert dem unbeweglichen Vermögen zugerechnet werden.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der gewerblichen Gewinne.

Absatz 1 enthält das Betriebsstättenprinzip. Hiernach darf ein Vertragsstaat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen mit Sitz im anderen Vertragsstaat nur insoweit besteuern, als der Gewinn einer in seinem Gebiet gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen ist.

Die Absätze 2 bis 7 enthalten Ermittlungs- und Zurechnungsvorschriften für Betriebsstättengewinne. Nummer 3 Buchstabe a und b des Protokolls zum Abkommen enthält hierzu klarstellende und ergänzende Regelungen wie das Verbot der Liefergewinnbesteuerung.

Absatz 8 bestimmt das Verhältnis der Betriebsstättenbesteuerung zu den übrigen durch das Abkommen geregelten Einkunftsarten.

Zur Abgrenzung von Unternehmensgewinnen und Lizenzgebühren wurde in Nummer 3 Buchstabe c des Protokolls zum Abkommen eine klarstellende Regelung betreffend Vergütungen für technische Dienstleistungen getroffen. Nummer 3 Buchstabe d des Protokolls zum Abkommen sichert, dass Aufwendungen für Löhne und ähnliche Vergütungen bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns zum Abzug zugelassen sind. Nummer 4 des Protokolls zum Abkommen regelt, dass Darlehenszinsen grundsätzlich unbeschränkt abzugsfähig sind. Diese beiden letzten Regelungen sind aufgrund von Abzugsbegrenzungen im nationalen belarussischen Steuerrecht notwendig, sie sichern das Netto-Prinzip.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, dass Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen, Binnenschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr abweichend vom Betriebsstättenprinzip nur in dem Staat besteuert werden dürfen, in dem das Unternehmens ansässig ist, das die Schiffe oder Luftfahrzeuge betreibt.

Absatz 3 stellt klar, dass auch Einkünfte aus der Vercharterung von leeren Seeschiffen und Luftfahrzeugen sowie aus der Nutzung oder Vermietung von Containern zu den Einkünften im Sinne dieses Artikels gehören können.

Absatz 4 definiert den Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung bei See- und Binnenschiffen.

Absatz 5 stellt klar, dass Absatz 1 auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle gilt.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel stellt klar, dass das Abkommen einer Berichtigung von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen nicht entgegensteht.

Nummer 4 des Protokolls zum Abkommen regelt in diesem Zusammenhang, dass Darlehenszinsen grundsätzlich unbeschränkt abzugsfähig sind. Diese Regelung ist aufgrund des nationalen belarussischen Steuerrechtes notwendig.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Dividenden.

Absatz 1 enthält den Grundsatz, dass die Dividendenausschüttungen im Wohnsitzstaat des Anteilseigners besteuert werden dürfen.

Nach Absatz 2 darf daneben auch der Quellenstaat eine Steuer erheben. Diese Steuer darf jedoch 5 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Nutzungsberechtigte mindestens 20 v. H. der Anteile an der ausschüttenden Gesellschaft hält und dieser Kapitalanteil mindestens 81 806,70 Euro beträgt. Dieser Betrag entspricht 160 000 DM, auf den man sich am Ende der Verhandlungen 1996 einigte. In den übrigen Fällen darf die Quellensteuer grundsätzlich 15 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

Die deutsche Quellenbesteuerung ist nach Absatz 3 und nach Nummer 6 des Protokolls jedoch nicht begrenzt, soweit die Zahlungen auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung beruhen (insbesondere Einkünfte eines stillen Gesellschafters) und sich bei der Gewinnermittlung des Schuldners gewinnmindernd auswirken.

Absatz 4 bestimmt den Begriff der Dividenden im Einzelnen.

Die Absätze 5 und 6 enthalten den Betriebsstättenvorbehalt und ergänzende Bestimmungen zur Abgrenzung des Besteuerungsrechts, die auch im OECD-Musterabkommen vorgesehen sind.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen.

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht grundsätzlich dem Wohnsitzstaat des Gläubigers der Zinsen zu.

Nach Absatz 2 hat jedoch auch der Quellenstaat ein Besteuerungsrecht; die Quellensteuer darf jedoch 5 v. H. des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

Nach Absatz 3 sind Zinsen ganz von der Quellensteuer befreit, wenn Empfänger der Zinsen die jeweilige Regierung oder eine bestimmte staatliche Einrichtung ist oder wenn das Darlehen im Zusammenhang mit einer Hermes-Deckung oder dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung steht. Die deutsche Quellenbesteuerung ist nach Nummer 6 des Protokolls jedoch nicht begrenzt, soweit die Zahlungen auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung beruhen und sich bei der Gewinnermittlung des Schuldners gewinnmindernd auswirken.

Die Absätze 4 bis 7 enthalten die Definition des Zinsbegriffs, den Betriebsstättenvorbehalt, eine Vorschrift zur Vermeidung einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Abkommensvorteilen bei der Zinsbesteuerung und andere ergänzende Bestimmungen, die dem OECD-Musterabkommen entsprechen.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren.

Absatz 1 bestimmt, dass Lizenzgebühren im Wohnsitzstaat des Gläubigers besteuert werden dürfen.

Nach Absatz 2 darf daneben auch der Quellenstaat eine Steuer erheben, die jedoch auf 3 v. H. (Urheberrechte an wissenschaftlichen Werken, Patente, Marken, Muster, Modelle, Pläne, geheime Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen) bzw. 5 v. H. (literarische oder künstlerische Urheberrechte) des Bruttobetrags der Lizenzgebühren begrenzt ist.

Die Absätze 3 bis 6 enthalten die Definition der Lizenzgebühren, den Betriebsstättenvorbehalt, eine Missbrauchsvermeidungsvorschrift und andere dem OECD-Musterabkommen entnommene, ergänzende Bestimmungen.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Nach Absatz 4 ist das Besteuerungsrecht für Veräußerungsgewinne grundsätzlich allein dem Wohnsitzstaat vorbehalten.

Der Quellenstaat hat jedoch nach den Absätzen 1 und 2 ebenfalls ein Besteuerungsrecht für Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen, von beweglichem Betriebsstättenvermögen und von beweglichem Vermögen einer der Ausübung einer selbständigen Tätigkeit dienenden festen Einrichtung.

Bei den Gewinnen aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, hat nach Absatz 3 ausschließlich der Ansässigkeitsstaat des das See-, Binnenschiff oder Luftfahrzeug betreibenden Unternehmens das Besteuerungsrecht.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit.

Nach Absatz 1 steht das Besteuerungsrecht grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Nur soweit Einkünfte in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene feste Einrichtung erzielt werden, hat der Tätigkeitsstaat ein Besteuerungsrecht. Absatz 2 enthält die Definition des Begriffs „freier Beruf“.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel befasst sich mit der Besteuerung der Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit.

Grundsätzlich hat nach Absatz 1 der Staat das Besteuerungsrecht, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird.

Werden jedoch Arbeitnehmer inländischer Unternehmen nur vorübergehend im anderen Vertragsstaat tätig, so wird dieser Grundsatz durch Absatz 2 unter bestimmten Voraussetzungen zugunsten des Wohnsitzstaats eingeschränkt.

Das Bordpersonal von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr kann nach Absatz 3 im Ansässigkeitsstaat des das See- oder Binnenschiff oder Luftfahrzeug betreibenden Unternehmens besteuert werden.

Bei gewerblicher Arbeitnehmerüberlassung steht nach Absatz 4 stets dem Tätigkeitsstaat das Besteuerungsrecht zu.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel können Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Dieser Artikel befasst sich mit der Besteuerung von Künstlern und Sportlern.

Nach Absatz 1 dürfen Künstler und Sportler stets im Tätigkeitsstaat besteuert werden.

Dies gilt nach Absatz 2 auch, wenn die Einkünfte dem Künstler oder Sportler nicht unmittelbar selbst zufließen.

Das Besteuerungsrecht geht nach Absatz 3 auf den Wohnsitzstaat über, wenn der Aufenthalt des Künstlers oder Sportlers im anderen Staat durch den Wohnsitzstaat oder eine dortige als gemeinnützig anerkannte Einrichtung vollständig oder in wesentlichem Umfange finanziert wird.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Ruhegehältern und ähnlichen Vergütungen sowie Renten.

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht für diese Zahlungen – mit Ausnahme der Pensionen aus öffentlichen Kassen – grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu.

Bei Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung hat nach Absatz 2 jedoch der Kassenstaat das alleinige Besteuerungsrecht.

Bei Kriegsrenten, Wiedergutmachungsleistungen und ähnlichen Zahlungen hat nach Absatz 3 ebenfalls der Kassenstaat das alleinige Besteuerungsrecht.

Absatz 4 enthält eine Definition des Begriffs „Rente“. Absatz 5 regelt das Besteuerungsrecht für Unterhaltszahlungen.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Vergütungen aus einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst.

Nach Absatz 1 kann grundsätzlich nur der Kassenstaat diese Vergütungen besteuern. Dies gilt auch dann, wenn die Tätigkeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Das Besteuerungsrecht geht auf den Tätigkeitsstaat über, wenn der Vergütungsempfänger ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder im Tätigkeitsstaat nicht ausschließlich deshalb ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten (Ortskräfte).

Entsprechendes gilt nach Absatz 2 für Ruhegehälter im öffentlichen Dienst.

Absatz 3 enthält die Regelung, dass für Vergütungen aus unselbständiger Arbeit im Zusammenhang mit gewerblicher Tätigkeit eines Vertragsstaats die allgemeinen Regeln des Abkommens gelten.

Nach Absatz 4 gilt das Kassenstaatsprinzip auch für Vergütungen an entsandtes Personal im Rahmen von

staatlichen Entwicklungshilfeprogrammen sowie nach Absatz 5 auch für Vergütungen an Mitarbeiter des Goethe-Instituts und anderer vergleichbarer Einrichtungen, auf die sich die Vertragsstaaten verständigen können.

Zu Artikel 20

Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen zur Förderung des Austauschs von Lehrkräften, Studenten und Auszubildenden (einschließlich Praktikanten) Zahlungen aus ausländischen Quellen an diesen Personenkreis im Gaststaat unter bestimmten Bedingungen nicht besteuert werden; für Lehrende gilt diese Bestimmung nur für einen Aufenthalt von höchstens zwei Jahren.

Zu Artikel 21

Nach Absatz 1 können alle nicht ausdrücklich im Abkommen genannten Einkünfte nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden.

Das gilt nach Absatz 2 dieses Artikels jedoch nicht, wenn die Einkünfte einer im anderen Staat belegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung zuzuordnen sind (Betriebsstättenvorbehalt).

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens.

Nach Absatz 4 hat grundsätzlich nur der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht.

Unbewegliches Vermögen und Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer der Ausübung einer selbständigen Tätigkeit dienenden festen Einrichtung gehört, kann abweichend von diesem Grundsatz nach den Absätzen 1 und 2 durch den Belegenheitsstaat besteuert werden.

Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie das ihrem Betrieb dienende bewegliche Vermögen dürfen nach Absatz 3 nur im Ansässigkeitsstaat des die Schiffe oder Luftfahrzeuge betreibenden Unternehmens besteuert werden.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt, wie der Ansässigkeitsstaat die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten behebt, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Die Bundesrepublik Deutschland vermeidet eine Doppelbesteuerung bei den wichtigsten Einkünften, wie z. B. bei Einkünften aus einer Betriebsstätte in Belarus und bei Dividendenausschüttungen einer in Belarus ansässigen Gesellschaft bei einer Mindestbeteiligung von 10 v. H., nach Absatz 1 Buchstabe a durch Freistellung. Bei Einkünften, die nach diesem Abkommen von der Steuer freigestellt sind, hat sich Deutschland das Recht gesichert, diese in den Progressionsvorbehalt einzubeziehen.

Für die (derzeit nicht zu erhebende) Vermögensteuer des in Absatz 1 Buchstabe a genannten Vermögens gilt ebenfalls die Freistellungsmethode.

Bei Einkünften, die nicht nach Absatz 1 Buchstabe a von der deutschen Steuer freigestellt werden, wird die Doppelbesteuerung nach Absatz 1 Buchstabe b durch Anrechnung der belarussischen Steuer auf die deutsche Steuer beseitigt. Dies gilt insbesondere für Dividendenbezüge aus im Streubesitz gehaltenen Anteilen, Zinsen, Lizenzgebühren, Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen sowie für Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

Absatz 1 Buchstabe c sieht statt der Freistellungsmethode nach Buchstabe a die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b vor, wenn die Einkünfte nicht aus aktiver Tätigkeit stammen. Absatz 1 Buchstabe d berücksichtigt das während des Zeitraumes der Verhandlungen geltende deutsche Steuerrecht (Herstellung der Ausschüttungsbelastung). Darüber hinaus hat sich Deutschland in Absatz 1 Buchstabe e im Interesse der Vermeidung einer doppelten Steuerbefreiung oder einer sonstigen ungerechtfertigten Inanspruchnahme des Abkommens einen Wechsel von der Freistellungs- zur Anrechnungsmethode vorbehalten.

Belarus behebt nach Absatz 2 die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel soll entsprechend dem OECD-Musterabkommen steuerliche Diskriminierungen verhindern.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel sieht vor, dass sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen beseitigen. Hierzu können die zuständigen Behörden unmittelbar miteinander verkehren.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel regelt den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten entsprechend dem OECD-Musterabkommen in der bei Abschluss der Verhandlungen geltenden Fassung.

Nummer 7 des Protokolls zum Abkommen enthält einige zusätzliche Vorschriften zum Schutz von personenbezogenen Daten (Datenschutzklausel).

Zu Artikel 27

Dieser Artikel enthält die verfahrensmäßigen Regelungen zur Umsetzung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen bzw. -befreiungen. Klarstellend wird festgestellt, dass das Abkommen das Recht des Quellenstaats auf Vornahme eines Steuerabzugs nicht berührt. Im Übrigen sind innerstaatlich Verfahren zur Erstattung bei Quellensteuern vorzusehen.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel bestimmt das Verhältnis des Abkommens zu den besonderen diplomatischen und konsularischen Vorrechten.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel weist auf das zum Abkommen zugehörige Protokoll hin.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel enthält die sog. Registrierungsklausel nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen. Danach wird das Abkommen – wie bei völkerrechtlichen Verträgen generell üblich – beim Sekretariat der Vereinten Nationen unverzüglich nach seinem Inkrafttreten registriert.

Zu Artikel 31

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Hiernach tritt das Abkommen am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und wird ab dem 1. Januar des darauf folgenden Jahres anzuwenden sein. Mit Inkrafttreten des neuen Abkommens tritt das alte, noch mit der ehemaligen Sowjetunion abgeschlossene Abkommen vom 24. November 1981 im Verhältnis zur Republik Belarus außer Kraft und wird ab dem 1. Januar des darauf folgenden Jahres nicht mehr anzuwenden sein.

Zu Artikel 32

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine mögliche Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333